

II. Wirtschaftsentwicklung im Jahr 1989

Schwerpunkte

Das Wachstum der Weltwirtschaft blieb im vergangenen Jahr recht hoch, verlangsamte sich jedoch auf 3½%, verglichen mit der kräftigen Aufwärtsbewegung von 4¼% im Jahr 1988. Die Abschwächung war auf die großen Industrieländer, Osteuropa und die Entwicklungsländer konzentriert, während sich in den kleineren industriellen Volkswirtschaften das Wachstum leicht verstärkte. Das Schwergewicht der Wachstumsdynamik in den Industrieländern verlagerte sich 1989; sie war in den kontinentaleuropäischen Ländern stärker als in Nordamerika, während sich die kräftige Wirtschaftstätigkeit in Japan fortsetzte. Der europäische Kontinent hatte in den frühen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs hinter Nordamerika und Japan zurückgelegen, doch in den Jahren 1988/89 wies er im Sog einer kräftigen Ausweitung der Exporte und einer lebhaften Investitionstätigkeit ein sehr hohes Wachstumstempo auf. Hinter dieser Entwicklung stand eine Erholung der Unternehmenserträge, die teilweise auf einem moderaten Anstieg der Reallöhne beruhte. Das gegenwärtige Tempo der Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit liegt in den meisten Ländern nahe der Grenze, die durch das Produktionspotential vorgegeben ist, da die freien Kapazitäten nach sieben Jahren wirtschaftlicher Expansion allmählich aufgebraucht sind.

Mit der Annäherung an die Kapazitätsgrenzen und zunehmenden Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt nahm jedoch auch der damit verbundene Preis- und Kostenauftrieb zu. Der Preisanstieg beschleunigte sich in den meisten Industrieländern im zweiten Halbjahr 1988 und während der ersten Monate des Jahres 1989 teilweise aufgrund eines Wiederanstiegs der Ölpreise. Aber auch wenn man die durch Preisschwankungen von Energie- und landwirtschaftlichen Rohstoffen hervorgerufenen Einmaleffekte ausklammert, erhöhten sich die Inflationsraten in den meisten Industrieländern 1988/89 verstärkt im Verein mit allgemein steigenden Arbeitskosten, einem nachlassenden Produktivitätswachstum und – namentlich auf dem europäischen Kontinent – höheren Gewinnspannen. Als Reaktion auf die inflationären Tendenzen wurde die Geldpolitik 1988 und dann erneut im abgelaufenen Jahr verschärft, außer in den USA, wo die Zinsen bereits im Frühjahr ihren Höhepunkt erreichten und anschließend angesichts der Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit zurückgenommen wurden. Die nachlassende Wirtschaftsdynamik hat ihrerseits zur Eindämmung des insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres 1989 deutlich gewordenen Preisauftriebs beigetragen.

In den USA und in Japan verminderten sich die Außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte 1989, real gesehen freilich langsamer als 1988. Demgegenüber nahm der bereits hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuß auf Jahresbasis

gegenüber mehreren anderen EG-Ländern zu. Die Wechselkursentwicklung war für die außenwirtschaftliche Anpassung nicht immer hilfreich. Ein im Jahresverlauf sinkender effektiver realer Außenwert der Währung in Japan und ein im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr im großen und ganzen unveränderter realer effektiver Wechselkurs in Deutschland standen im Gegensatz zu hohen außenwirtschaftlichen Überschüssen.

Die Fortschritte bei der finanzpolitischen Konsolidierung setzten sich 1989 in den meisten Industrieländern fort, so daß sich die Staatsverschuldung in Relation zum Bruttosozialprodukt nach einem Jahrzehnt rascher Ausweitung stabilisieren konnte und in einigen Fällen sogar leicht rückläufig war. Die jüngsten Fortschritte in diesem Bereich in einer Reihe von Ländern sind freilich in hohem Maße der kräftigen Konjunktur und nicht expliziten Änderungen der Ausgabenpolitik zuzuschreiben.

Auch in den Entwicklungsländern verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr infolge eines etwas verhalteneren Tempos der Wirtschaftstätigkeit in Asien, und zwar von 4 1/4% im Jahr 1988 auf 3 1/4%. Mit über 5% war die Wachstumsrate der asiatischen Volkswirtschaften nach wie vor die bei weitem höchste in den Entwicklungsländern, gleichzeitig aber deren niedrigste seit 1982. In Lateinamerika stagnierte die Wirtschaftstätigkeit weiterhin unter der zweifachen Last hoher Auslandsverschuldung und extrem hoher Inflation. Etwas ermutigendere Anzeichen waren in den Nahostländern aufgrund hoher Terms-of-trade-Gewinne erkennbar. Anderorts waren die außenwirtschaftlichen Bedingungen nicht so günstig. Das

Entwicklung der Produktion weltweit ¹														
Ländergruppe/Region	BIP von 1987			1978–84 Durchschnitt	1985	1986	1987	1988	1989					
	in Mrd. US-Dollar	in Prozent des BIP insgesamt auf der Basis von												
	US-Dollar	PPP ²		Veränderung des realen BIP in Prozent										
Sieben größte Länder	10682	64,6	47,1	2,5	3,6	2,7	3,6	4,5	3,5					
Übrige Industrieländer ³	1903	11,4	9,8	2,0	3,0	2,6	3,0	3,3	3,6					
Entwicklungsländer	2615	15,8	29,8	3,9	4,1	4,6	4,5	4,7	3,2					
Hauptölförderländer ⁴	759	4,5	6,5	2,4	0,2	0,4	1,0	1,8	1,7					
Übrige Entwicklungsländer	1856	11,3	23,3	4,6	5,6	6,3	6,1	5,9	3,6					
Afrika und Nahost	196	1,2	2,1	4,1	4,0	2,5	0,9	4,3	3,1					
Asien	1073	6,5	15,1	6,2	6,4	7,0	8,3	9,5	5,2					
<i>darunter:</i>														
Schwellenländer ⁵	293	1,8	2,1	7,4	3,7	10,6	12,1	9,2	6,3					
Lateinamerika	587	3,6	6,1	1,8	4,7	6,3	3,7	-0,4	1,0					
Osteuropa ⁶	1347	8,2	13,3	3,0	3,5	2,9	1,9	3,9	1,8					
Insgesamt ⁷	16547	100,0	100,0	2,7	3,6	3,1	3,6	4,3	3,4					

¹ Die Gruppendurchschnittswerte wurden anhand der BIP-Gewichte und Wechselkurse von 1987 errechnet, wobei alle Länder berücksichtigt sind, deren BIP 1987 wenigstens US-\$ 0,1 Mrd. betrug. ² Kaufkraftparitäten auf der Grundlage der Daten von A. Heston und R. Summers, University of Pennsylvania. ³ In der Tabelle auf S. 24 aufgezählte Länder sowie Island und Luxemburg. ⁴ OPEC-Mitglieder, Bahrain, Oman, Mexiko und Trinidad und Tobago. ⁵ Die jungen Industrieländer: Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan. ⁶ Materielle Produktion (netto) oder BIP, umgerechnet zu nichtkommerziellen Wechselkursen. ⁷ Errechnet unter Verwendung der US-Dollar-Gewichte. Die Verwendung der Kaufkraftparitätsgewichte führte nur zu marginalen Abweichungen. Quellen: IMF, World Economic Outlook; OECD, National Accounts; UN Yearbook; World Bank, World Bank Atlas und World Debt Tables; Angaben der einzelnen Länder.

Wachstum der Ausfuhren schwächte sich trotz der kräftigen Konjunktur in den Industrieländern ab, und die Preise für Rohstoffe (ohne Öl) gingen im Verlauf des vergangenen Jahres stark zurück. In den Ländern südlich der Sahara fielen die Außenhandelspreise besonders stark, und einmal mehr ließ das rasche Bevölkerungswachstum das Pro-Kopf-Einkommen zurückgehen.

In den osteuropäischen Staaten ist es zu dramatischen Entwicklungen gekommen. Die meisten dieser Länder erleben derzeit eine radikale politische und wirtschaftliche Umgestaltung. Nachdem sie sich vom System zentraler Planwirtschaft abgewandt haben, versucht die Mehrheit dieser Staaten nun, Marktwirtschaften zu entwickeln. Zwar unterscheiden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und Reformstrategien erheblich von Land zu Land, doch sehen sich all diese Länder einem vergleichbaren Komplex grundlegender Probleme in dem Bemühen gegenüber, ihre Wirtschaftsstruktur in ein dezentralisiertes, gewinnorientiertes System umzuwandeln. Diese Fragen werden in einem allgemeinen Zusammenhang am Ende dieses Kapitels erörtert.

Industrieländer

Anhaltendes kräftiges Wachstum auf dem europäischen Kontinent und in Japan, Verlangsamung dagegen in Nordamerika

Das Zentrum des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern verlagerte sich 1989 von Nordamerika zum europäischen Kontinent, während in Japan die kräftige Konjunktur anhielt. In den Vereinigten Staaten und in Kanada schwächte sich das Wachstum ab, insbesondere in der verarbeitenden Industrie, wohingegen die Wirtschaftstätigkeit in Deutschland, Frankreich und in einer Reihe kleinerer europäischer Länder, getragen von den Exporten und den Anlageinvestitionen der Unternehmen, kräftig blieb.

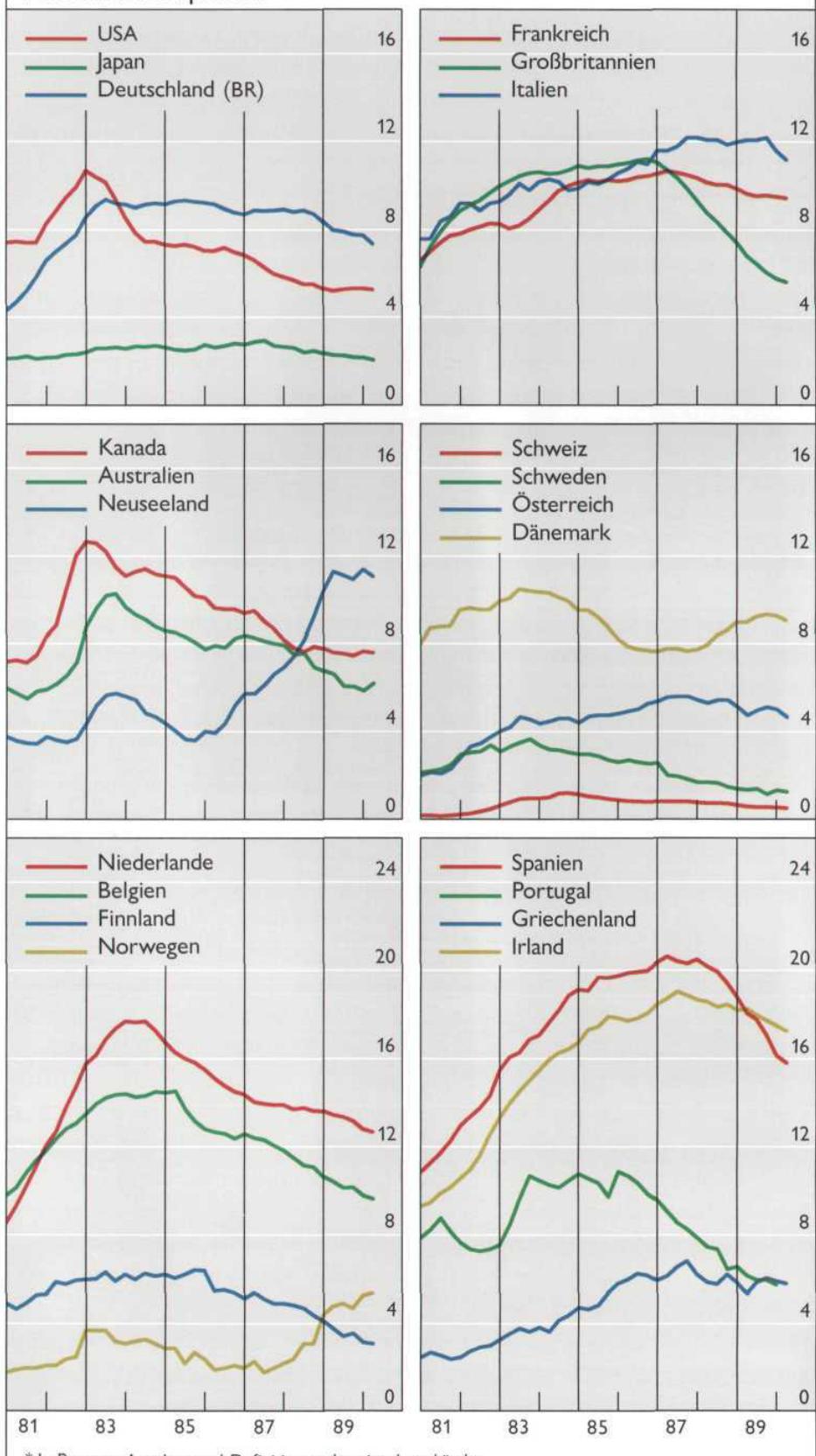
Die meisten Industrieländer sahen sich 1989 einer sehr hohen Auslastung der Sachkapazitäten und beginnenden Anspannungen am Arbeitsmarkt gegenüber. Die Zahl der offenen Stellen erhöhte sich im letzten Jahr im allgemeinen, und die Arbeitslosenquote ging – wie die Grafik auf Seite 12 zeigt – in den meisten Ländern zurück, mancherorts auf das niedrigste Niveau seit mehr als einem Jahrzehnt. Die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich in Europa bei kräftig expandierenden Exporten deutlich verbessert, während die Ertragslage in Nordamerika aufgrund der schwächeren Konjunktur im verarbeitenden Gewerbe etwas schlechter war. Die allgemeine Verbesserung der Rentabilität in Europa und Nordamerika in den achtziger Jahren stellt – nach einer Periode der Gewinnauszehrung in den siebziger Jahren – einen bedeutenden Faktor für die Stärke und Dauer der wirtschaftlichen Erholung mit ihrer besonderen Bedeutung für die Unternehmensinvestitionen dar. Der maßvolle Reallohnanstieg, der reale Rückgang der Ölpreise und ein wieder kräftigeres Produktivitätswachstum in den achtziger Jahren trugen zur Verbesserung der Rentabilität bei (s. den Abschnitt über Preise, Kosten und Gewinnquoten in diesem Kapitel).

Rentabilitätsverbesserung

Im Zusammenhang mit dem allgemein hohen Niveau der Wirtschaftstätigkeit entstand 1988 ein Aufwärtsdruck auf Preise und Löhne, der sich im ersten Halbjahr 1989 verstärkte. Der beschleunigte Preisanstieg war teilweise auf Einmaleffekte aus dem steilen Anstieg der Ölpreise und in manchen Fällen, so in Japan und Deutschland, auf die Erhöhung indirekter Steuern

Aufwärtsdruck auf Preise und Löhne

Arbeitslosenquoten*



* In Prozent; Angaben und Definitionen der einzelnen Länder.

Weitere
Straffung der
Geldpolitik

zurückzuführen. Diese Auftriebstendenzen schwächten sich im zweiten Halbjahr offensichtlich etwas ab, teilweise indes als Reaktion auf die Straffung der Geldpolitik, die 1988 eingesetzt hatte und in den meisten Ländern im letzten Jahr fortgesetzt wurde (s. Kapitel VI). Eine Ausnahme bildeten hier die USA, die im Frühjahr 1989 eine vorsichtige geldpolitische Lockerung einleiteten und als Reaktion auf vorherige Anzeichen einer sich abschwächenden realen Wirtschaftstätigkeit, die in der Folge durch eine gedrückte Produktionsleistung im verarbeitenden Gewerbe bestätigt wurden, einen begrenzten Rückgang der kurzfristigen Zinsen zuließen.

In Großbritannien, Kanada, Australien, Finnland, Spanien und Schweden war eine Übernachfrage klassischer Ausprägung erkennbar, begleitet von einem erheblich beschleunigten Preisanstieg und einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Lage 1988/89. All diese Länder verschärften ihre Geldpolitik, wobei die kurzfristigen Nominalzinsen in den meisten von ihnen im letzten Jahr auf das höchste Niveau seit Anfang der achtziger Jahre kletterten.

In einer Reihe von Ländern wie Deutschland und Frankreich ließ allerdings die Kraft und Dauer des Aufschwungs zusammen mit dem mäßigen Inflationsdruck gewisse Zweifel an früheren Schätzungen über die Höhe des Produktionspotentials aufkommen. Trotz des in jüngster Zeit hohen Auslastungsgrads der betrieblichen Kapazitäten und rückläufiger Arbeitslosigkeit erhöhte sich die Produktion im allgemeinen stärker als erwartet, während der Preis- und Lohnkostendruck bis in die jüngste Zeit hinein nur moderat zunahm. Gleichwohl weisen zunehmende Anzeichen eines Mangels an Facharbeitern in einigen Industriezweigen und der damit einhergehende Lohnkosten- druck ebenso wie die jüngste Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit in einigen Ländern mit relativ niedriger Arbeitslosenquote wie den Vereinigten Staaten und Schweden darauf hin, daß die Kapazitätsgrenzen bald erreicht und in einigen Fällen überschritten werden, und verdeutlichen die Gefahr weiterer inflationärer Anspannungen.

In den meisten Industrieländern gingen im vergangenen Jahr die öffentlichen Haushaltsdefizite weiter zurück. Der folgenden Tabelle sind die Fortschritte in diesem Bereich zu entnehmen. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in Deutschland wies erstmals seit nahezu zwei Jahrzehnten ein Plus auf, und der positive Saldo in Japan, Großbritannien, Australien, Finnland und Schweden nahm zu. Eine Verringerung des Defizits des US-Bundshaushalts wurde trotz erheblicher Fortschritte seit 1986 durch den unerwarteten zusätzlichen Finanzierungsbedarf im Zusammenhang mit der Reorganisation der Spar- und Darlehensbanken vereitelt.

Wie die Grafik auf Seite 15 zeigt, ist es den meisten Industrieländern in den letzten Jahren gelungen, die öffentliche Verschuldung in Relation zum Sozialprodukt zu stabilisieren oder zu verringern, nachdem diese Relation in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre stark gestiegen war. Von den sieben größten Ländern stabilisierten oder reduzierten mit Ausnahme Italiens alle ihre Staatsverschuldungsquote. In Großbritannien ist die Staatsverschuldungsquote seit Anfang der siebziger Jahre stark zurückgegangen, zunächst als Folge zweistelliger Inflationsraten, später jedoch aufgrund der vor mehr als

Kapazitäts-
grenzen bald
erreicht

Öffentliche
Haushalte

Geringere
öffentliche
Verschuldung
in Relation
zum BSP

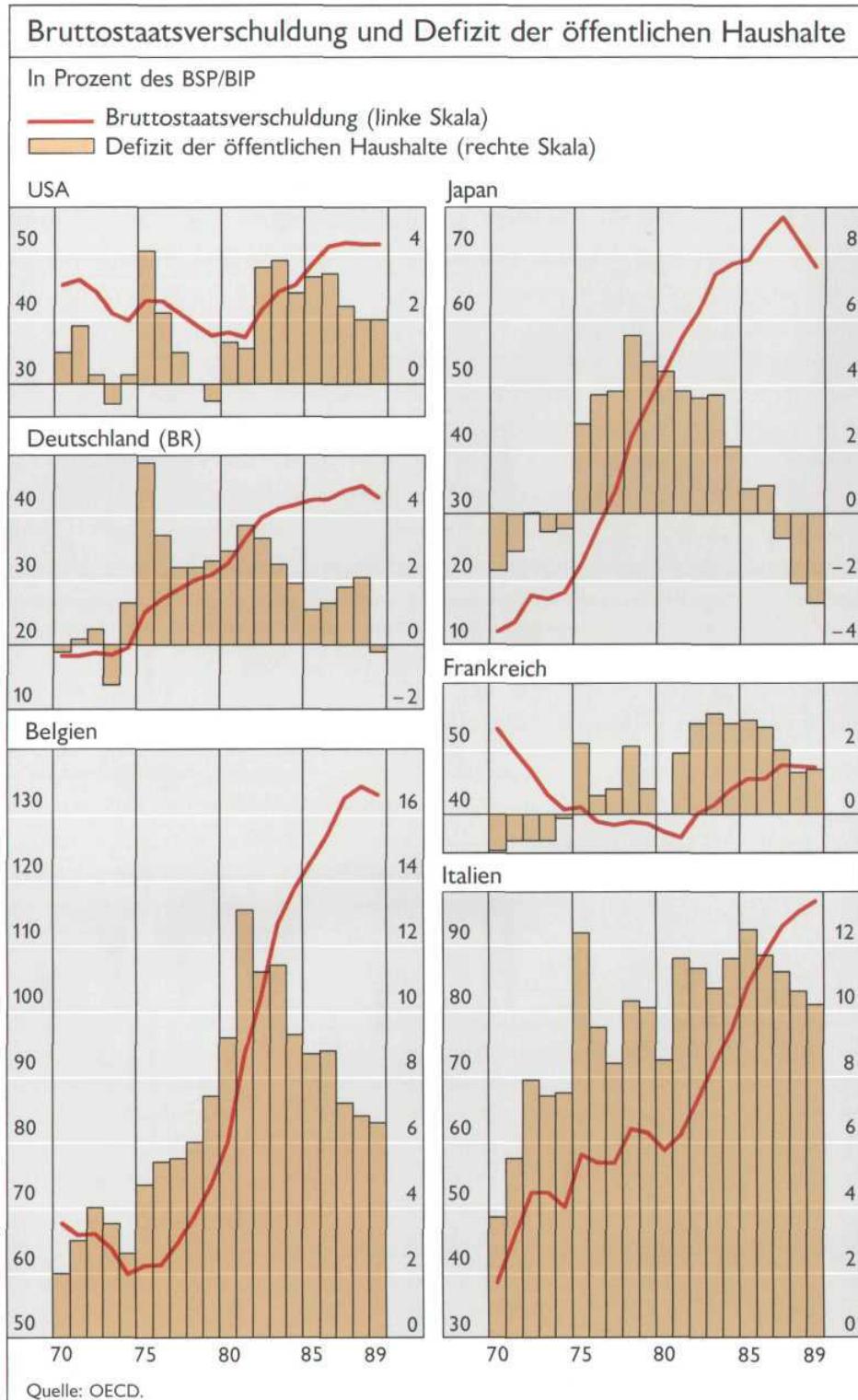
Land	Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte ¹						
	1973	1980–84 Durch- schnitt	1985	1986	1987	1988	1989 ²
	in Prozent des BSP/BIP						
USA	0,6	– 2,5	– 3,3	– 3,4	– 2,4	– 2,0	– 2,0
Japan ³	0,5	– 3,5	– 0,8	– 0,9	0,6	2,1	2,7
	–2,7	– 6,7	– 4,2	– 4,2	– 1,4	0,6	1,3
Deutschland (BR)	1,2	– 2,9	– 1,1	– 1,3	– 1,8	– 2,1	0,2
Frankreich	0,9	– 2,1	– 2,9	– 2,7	– 2,0	– 1,8	– 1,4
Großbritannien	–2,6	– 3,1	– 2,7	– 2,3	– 1,3	1,0	1,1
Italien	–8,0	–12,0	–13,6	–12,3	–11,7	–11,6	–11,3
Kanada	0,9	– 4,7	– 6,8	– 5,5	– 4,4	– 2,6	– 3,4
Australien ⁴	0,1	– 1,7	– 3,1	– 2,7	– 1,5	0,3	2,0
Belgien	–3,5	–11,1	– 8,9	– 9,0	– 7,4	– 7,1	– 6,5
Dänemark	5,3	– 6,1	– 2,1	3,4	2,6	0,3	– 1,7
Finnland	5,8	– 0,1	0,1	0,8	– 1,1	1,4	2,7
Griechenland	–1,4	– 7,9	–14,0	–12,7	–12,0	–14,5	–17,6
Irland ⁵	–3,8	–14,5	–12,8	–12,8	– 9,9	– 3,3	– 2,4
Neuseeland ^{4,6}	–2,5	– 7,3	– 7,2	– 4,2	– 3,7	0,8	2,7
Niederlande ⁷	1,9	– 5,7	– 4,4	– 5,0	– 4,9	– 4,3	– 3,9
Norwegen	5,8	5,3	10,4	5,8	4,8	3,1	0,9
Österreich	1,3	– 2,7	– 2,5	– 3,7	– 4,3	– 3,1	– 2,8
Portugal	1,4	–10,0 ⁸	–10,1	– 7,2	– 6,9	– 6,5	– 5,3
Schweden	4,1	– 4,8	– 3,8	– 1,3	4,2	3,4	5,3
Schweiz ⁷	–1,1	– 0,5	– 0,1	1,1	0,8	0,7	0,2
Spanien	1,1	– 4,5	– 7,0	– 6,1	– 3,6	– 3,1	– 2,2
Südafrika ⁶	1,1	– 3,4	– 3,1	– 4,3	– 5,4	– 4,4	– 5,0
Türkei	1,8	– 3,1	– 2,9	– 3,6	– 4,5	– 4,0	– 3,8

¹ Einschl. Sozialversicherungen, aber ohne Kapitaltransaktionen zu Finanzierungszwecken. ² Teilweise geschätzt. ³ Kursive Zahlen einschl. Staatsbetrieben (Finanzierungsrechnung). ⁴ Haushaltjahre, im angegebenen Jahr endend. ⁵ Finanzierungsbedarf des Schatzministers. ⁶ Nur zentraler Haushalt. ⁷ Ohne Sozialversicherungsträger. ⁸ 1981–84.

Quellen: OECD, Economic Outlook; IMF, International Financial Statistics; Europäische Wirtschaft; Angaben der einzelnen Länder.

zehn Jahren eingeführten mittelfristigen Finanzplanung und der Privatisierungsvorhaben. Gleichwohl sieht sich eine Reihe von Industrieländern angesichts steigender Schuldendienstausgaben, die sich mit dem allgemeinen Zinsanstieg seit Mitte 1988 noch zusätzlich erhöht haben, erheblichen Haushaltsproblemen gegenüber. Sowohl Belgien als auch Irland, die mit 133% bzw. 126% des Bruttoinlandsprodukts mit die höchsten öffentlichen Verschuldungsquoten aufweisen, ist es gelungen, ihre finanzielle Position trotz eines steigenden Schuldendienstaufwands zu stabilisieren, indem sie hohe Überschüsse (von mehr als 3% des BIP im Jahr 1989) in ihren öffentlichen Haushalten (vor Zinszahlungen) erzielten.

Ein Teil des Fortschritts bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wurde der Anwendung einer mittelfristigen Strategie zur Reduzierung der Defizite zugeschrieben – Irland, Großbritannien und Australien sind hier besonders namhafte Beispiele. Zur fiskalischen Konsolidierung und zur Umkehrung des „Schneeballeffekts“ der Schuldenkumulierung (im Sinne der



Neuverschuldung zur Deckung des Zinsaufwands) trug aber auch der auf die kräftige Wirtschaftstätigkeit und nicht auf gezielte Änderungen in der Ausgabenpolitik zurückzuführende „Haushaltsbonus“ bei. Die gute Wirtschaftsentwicklung hat zu einem kräftigen Anstieg der Einnahmen und zu einer geringeren Inanspruchnahme staatlicher Leistungen in einigen Bereichen

wie der Arbeitslosenunterstützung geführt. Eine geringfügige konjunkturelle Abschwächung könnte einige dieser Konsolidierungsfortschritte zunichte machen.

Viele Industrieländer ordneten in den letzten Jahren ihr Steuerrecht neu und boten steuerliche Anreize auf der Angebotsseite, um die Effizienz in der Wirtschaft zu erhöhen. Die Betonung der Angebotsseite der Wirtschaft und das Bemühen um die Entwicklung institutioneller Bedingungen zur Förderung der Privatinitiative sind unübersehbar. In den USA wurde 1986 eine umfassende Steuerreform durchgeführt, bei der die Bemessungsgrundlage für die Einkommen- und die Körperschaftsteuer erweitert und die Steuersätze gesenkt wurden. Japan senkte kürzlich die marginalen Einkommensteuersätze und führte im letzten Jahr zum teilweisen Ausgleich der Einnahmenausfälle eine neue Verbrauchsteuer ein. Deutschland vereinfachte im Rahmen eines dreistufigen Reformprogramms 1988 die Tarifstruktur der Einkommensteuer und verringerte gleichzeitig deren Grenzsteuersätze, erhöhte 1989 die indirekten Steuern und senkte die Einkommensteuer Anfang dieses Jahres deutlich. Zu den anderen Ländern, in denen in jüngster Zeit eine Steuerreform durchgeführt oder geplant wurde, gehören Frankreich, Kanada sowie einige kleinere Länder wie Dänemark, Finnland, Österreich, Portugal und Schweden.

Steuerreform und Angebotsförderung

Die drei größten Volkswirtschaften

Mit einer Zunahme des Bruttonsozialprodukts um 3% im vergangenen Jahr verzeichneten die Vereinigten Staaten im siebten aufeinanderfolgenden Jahr ein Wachstum und damit den längsten Wirtschaftsaufschwung seit den sechziger Jahren. Zwar war die Wachstumsrate erheblich geringer als in den vorangegangenen zwei Jahren, doch lag sie damit näher an dem geschätzten längerfristigen Wachstumspotential der Wirtschaft. Die Arbeitslosenquote, die im Zeitraum 1983–88 in jedem Jahr gesunken war, blieb mit 5 1/4% den größten Teil des Jahres 1989 und während der ersten Monate des Jahres 1990 stabil. Hinweise auf eine konjunkturelle Abschwächung führten zu einer behutsamen Lockerung der Geldpolitik im Frühjahr 1989 mit leicht nachgebenden Zinsen. Eine Zunahme des realen Sozialprodukts um annähernd 2% im ersten Quartal 1990 lässt zusammen mit dem letztjährigen Zinsrückgang und dem recht ausgewogenen Verhältnis zwischen Produktion und Umsätzen die Konjunkturabschwächung in den USA im zweiten Halbjahr 1989 ähnlich wie die Wachstumspause im Jahr 1986 aussehen.

Schwächeres Wachstum des realen BSP in den USA

Die Abschwächung im letzten Jahr war auf den Industriesektor konzentriert und schlug sich in einem Rückgang der Gewinnquoten nieder. Die Industrieproduktion erhöhte sich 1989 nur um 1 1/2% gegenüber mehr als 5% im Jahr 1988. Die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe ging von März 1989 bis Februar 1990 kontinuierlich zurück. Besonders deutlich wurde die Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres infolge von Produktionskürzungen in der Automobilindustrie und deren Zulieferbetrieben. Ein langanhaltender Streik in der Flugzeugindustrie ließ zudem das industrielle Produktionswachstum im vierten Quartal um 1 Prozentpunkt geringer ausfallen. Hingegen erholte sich die landwirtschaft-

Abschwächung im verarbeitenden Gewerbe

Robuste Konjunktur im Dienstleistungs- und Agrarsektor

liche Erzeugung nach den dürrebedingten Ernteeinbußen im Jahr davor, und im Dienstleistungssektor hielt die robuste Konjunktur an.

Die Zunahme der privaten Verbrauchsausgaben fiel im vergangenen Jahr moderat aus; eine lebhafte Nachfrage nach Dienstleistungen glich eine verhaltenere Ausweitung der Käufe von Waren, insbesondere von langlebigen Gebrauchsgütern aus. Gleichwohl stützten die Verbrauchsausgaben die Konjunktur, als im zweiten Halbjahr eine Abschwächung bei anderen Nachfragekomponenten erkennbar wurde. Die Abnahme des gesamtwirtschaftlichen Nachfragewachstums war besonders deutlich bei den Exporten und den Anlageinvestitionen. In dem Rückgang der realen Anlageinvestitionen der

Land/Zeitraum	BSP/BIP ¹	Inlandsnachfrage	Nachfragekomponenten					Nachrichtlich: Private Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) ³
			Pri-vater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Vorratsveränderung ²	Außenbeitrag ²	
			Veränderung in Prozent					
USA								
1960–69 Durchschnitt	4,3	4,5	4,2	4,7	4,7	0,1	-0,2	5,6
1969–82 Durchschnitt	2,1	2,0	2,7	1,0	0,9	-0,2	0,1	1,4
1982–88 Durchschnitt	4,1	4,5	4,0	3,4	6,5	0,3	-0,5	5,1
1987	3,8	3,2	2,8	2,6	2,5	0,5	0,3	3,9
1988	4,4	3,3	3,4	0,4	5,8	0,1	1,1	8,4
1989	3,0	2,4	2,7	2,7	1,6	-0,1	0,6	3,3
1989 4. Q. ⁴	2,6	1,9	2,5	0,5	0,6	0,2	0,7	3,7
Japan								
1960–69 Durchschnitt	10,4	10,3	9,2	5,8	15,6	0,3	-0,6	15,1
1969–82 Durchschnitt	4,9	4,5	4,7	4,7	4,2	-0,1	0,4	4,7
1982–88 Durchschnitt	4,2	4,4	3,5	2,5	6,5	0,1	-0,1	9,3
1987	4,6	5,3	4,2	-0,6	10,2	-0,3	-0,6	8,2
1988	5,8	7,7	5,2	2,2	12,8	0,3	-1,7	15,5
1989	4,8	5,8	3,5	2,1	10,9	-0,1	-1,1	17,7
1989 4. Q. ⁴	4,7	6,5	4,0	1,9	11,7	-0,1	-1,7	18,4
Deutschland (BR)								
1960–69 Durchschnitt	4,4	4,5	4,8	4,4	3,9	0,1	0,0	4,8
1969–82 Durchschnitt	2,4	2,4	3,0	3,1	1,0	-0,3	0,3	1,2
1982–88 Durchschnitt	2,4	2,5	2,4	1,8	2,5	0,3	0,0	4,5
1987	1,8	2,9	3,5	1,5	2,1	0,1	-1,1	4,2
1988	3,7	3,7	2,7	2,2	6,0	0,4	0,0	7,3
1989	4,0	2,7	1,7	-0,8	7,2	0,4	1,3	8,6
1989 4. Q. ⁴	3,7	3,6	1,9	-2,2	7,1	1,4	0,1	11,1

¹ BSP für die USA, Japan und Deutschland. ² Beitrag zum BSP/BIP-Wachstum in Prozentpunkten. ³ Ausrüstungsinvestitionen für Deutschland (4. Quartal 1989) und Italien. ⁴ Veränderung vom 4. Quartal zum 4. Quartal. ⁵ Gewichtete entsprechend BIP und Nachfragekomponenten von 1987.

Quellen: OECD; Angaben der einzelnen Länder.

Unternehmen schlugen sich abnehmende Ausgaben für Ausrüstungsgüter und eine anhaltende Schwäche im gewerblichen Bau nieder. Zwar war eine Verstärkung der kapazitätserweiternden Investitionen in Gestalt der Errichtung von industriellen Produktionsstätten zu verzeichnen, doch wurde dies durch geringere Investitionen in Bauten für Büro- und Handelszwecke mehr als aufgewogen. Der Rückgang der privaten realen Wohnungsbauinvestitionen um 7% vom vierten Quartal 1988 zum vierten Quartal 1989 trug ebenfalls zum schwächeren Wachstum des Sozialprodukts bei und war Spiegelbild relativ hoher Hypothekarzinsen während der ersten Monate des Jahres. Der Verkauf neuer Einfamilienhäuser ging von 1988 auf 1989 um 3,8% zurück. Als Reaktion auf die geringeren Verkäufe fiel die Zahl der begonnenen Neubauten gegenüber dem letzten Höchstwert von 1,81 Millionen Einheiten im Jahr 1986 auf rund 1,39 Millionen Einheiten im Jahr 1989 zurück, was der niedrigste Wert seit 1982 war.

Die Finanzpolitik in den USA orientierte sich in den letzten Jahren an den Vorgaben des Gramm-Rudman-Hollings-Gesetzes, durch die das Defizit des Bundeshaushalts auf der Basis des Gesamthaushalts allmählich beseitigt werden soll. Zwar ist dieses Gesetz nicht so effektiv, wie ursprünglich beabsichtigt, teilweise weil die Zielvorgaben nur für den prognostizierten Haushalt gelten, doch hat es einen bremsenden Einfluß auf das Budgetverfahren gehabt. Das Defizit des Bundeshaushalts ist von einem Höchststand von \$ 221 Mrd. im Jahr 1986 auf \$ 152 Mrd. in dem am 30. September zu Ende gegangenen Fiskaljahr 1989 gesunken. Der Fehlbetrag des letzten Jahres lag hingegen erheblich über der Zielvorgabe von \$ 136 Mrd. und nahe beim Defizit von 1988. Vereitelt wurden die Fortschritte bei der Verringerung des Budgetdefizits im vergangenen Jahr durch die zusätzlichen Ausgaben für die Sanierung der US-Sparbanken in Höhe von mehr als \$ 10 Mrd. Die neue dafür geschaffene Behörde, die Resolution Trust Corporation, soll haushaltswirksame Ausgaben in Höhe von \$ 19 Mrd. tätigen und nicht haushaltswirksam zusätzliche \$ 30 Mrd. über einen Zeitraum von mehreren Jahren am Kapitalmarkt aufnehmen (s. Kapitel IV).

Vor kurzem wurde, nachdem es zunächst zu einem politischen Patt gekommen war, das pauschale Zwangskürzungen („sequestration“) bei den Budgetausgaben auslöste, dann doch noch für das Finanzjahr 1990 ein Kompromißgesetz zur Haushaltssolidierung verabschiedet, das die pauschalen (den Verteidigungsetat und Sonderprogramme in gleichem Maße betreffenden) Zwangskürzungen einige Monate lang beibehält und von einigen anderen, kleineren kostensparenden Maßnahmen flankiert wird. Im Haushaltsentwurf für 1991 wird diese mittelfristige Konsolidierungsstrategie fortgesetzt, wobei die Einnahmen um 9% und die Ausgaben nur um 3% steigen sollen; dies könnte angesichts der in den Beziehungen zur Sowjetunion eingetretenen Entspannung sogar durch weitere Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben verstärkt werden.

Die japanische Wirtschaft setzte ihre kräftige Expansion im letzten Jahr mit einem realen Sozialproduktswachstum von fast 5% fort. Getragen von hohen Unternehmensinvestitionen geht der wirtschaftliche Aufschwung in dieser Phase mit sehr großen Anspannungen am Güter- und Arbeitsmarkt

Geringere Fortschritte bei der Rückführung des Defizits im Bundeshaushalt

Weiterhin kräftige Wirtschaftsentwicklung in Japan ...

... führt zu
Anspannungen
am Arbeits-
markt ...

... und Ver-
ringerung
des Export-
überschusses

Straffung der
Geldpolitik

Deutsches BSP-
Wachstum uner-
wartet kräftig

einher. Die Industrieproduktion sowie die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe waren 1989 weiter aufwärts gerichtet, wenn auch mit etwas verlangsamtem Tempo im Vergleich zu dem hohen Wachstum der Jahre 1987/88, wobei der Auslastungsgrad im verarbeitenden Gewerbe im August letzten Jahres den höchsten Wert seit fünfzehn Jahren erreichte. Im Dezember lag die Arbeitslosenquote bei nur noch 2,1%, dem niedrigsten Niveau seit nahezu zehn Jahren. Ein günstiges wirtschaftliches Umfeld und Kapazitätsengpässe ließen die privaten Investitionen (ohne Wohnungsbau), die sowohl kapazitätserweiternder als auch arbeitssparender Natur waren, im letzten Jahr um fast 18% und damit am stärksten unter allen großen Industrieländern zunehmen. Die Wohnungsbauinvestitionen schwächten sich dagegen im letzten Jahr ab, wobei die Zahl der begonnenen Bauvorhaben unter dem Höchstwert vom vierten Quartal 1987 lag. Der private Verbrauch nahm 1989 ebenfalls nur verhalten zu und war recht ungleich über das Jahr verteilt. Die Einführung einer allgemeinen Verbrauchsteuer von 3% am 1. April bewirkte, daß einige private Verbrauchsausgaben auf das erste und dritte Quartal verlagert wurden, und sie war auch die Hauptursache für den absoluten Rückgang des realen Sozialprodukts und des Verbrauchs im zweiten Quartal.

Hauptsächlich wegen des schnellen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der zunehmend an Kapazitätsgrenzen stoßenden inländischen Produktion verringerte sich der positive reale Außenbeitrag erneut im vergangenen Jahr, allerdings langsamer als 1988. Trotz Japans hoher Gewinne an internationaler Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 1989 (s. die Tabelle auf S. 32) setzte sich der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß fort, worin sich teilweise die Auswirkungen der vorherigen Yen-Aufwertungen der Jahre 1985–88 niederschlugen.

Um der Schwäche des Yen an den Devisenmärkten und einem beginnenden Preis- und Lohnkostendruck zu begegnen, wurde die Geldpolitik leicht verschärft, so daß die Zinsen im Jahresverlauf anstiegen. In der Finanzpolitik hat Japan seit den frühen achtziger Jahren einen Kurs der Haushaltkskonsolidierung verfolgt. Dies schlug sich in einer deutlichen Verbesserung des öffentlichen Finanzierungssaldos und in einer leichten Abnahme der Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttonsozialprodukt gegen Ende des Jahrzehnts nieder. Das offizielle, vor nahezu einer Dekade gesetzte Ziel, die Begebung von „Defizitfinanzierungsanleihen“ einzustellen, wurde mit dem ersten Haushaltsentwurf dieses Jahres erreicht. Bei steigenden Einnahmen aufgrund der robusten Konjunktur stand der im letzten Jahr in etwa konjunktureutele Haushaltkskurs im Einklang mit einer weiteren Verbesserung des Finanzierungssaldos.

In Deutschland war das Wirtschaftswachstum 1988/89 mit einer durchschnittlichen Jahresrate von nahezu 4%, der größten Steigerung seit dem zweiten Ölpreisschock, unerwartet kräftig. Die rasche Ausweitung des Sozialprodukts verdankt viel der Dynamik der Exporte, die ihrerseits von der überschäumenden europäischen Konjunktur beflogelt wurden. Zusätzliche Anregung erhielten die Ausfuhren durch die Werteinbußen der D-Mark in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres. Das Wachstum der Investitionen war in Deutschland in der frühen Phase des Konjunkturaufschwungs verhalten

gewesen, erfuhr dann aber 1988/89 einen kräftigen Schub. Die privaten Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) erhöhten sich im vergangenen Jahr real um fast 9%. Die kräftige Investitionskonjunktur der jüngsten Zeit läßt sich auf eine zunehmende Auslastung der Kapazitäten, eine starke Exportnachfrage und eine sehr stark verbesserte Rentabilität in der Wirtschaft zurückführen.

Trotz der lebhaften Investitionstätigkeit hat sich die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Deutschland im letzten Jahr aufgrund der Schwäche des privaten und des Staatsverbrauchs erheblich verlangsamt. Die Abflachung des Anstiegs des privaten Verbrauchs von 2,7% im Jahr 1988 auf 1,7% im Jahr 1989 war teilweise auf die hohen und steigenden Zinsen zurückzuführen, die ihrerseits mit Maßnahmen der Deutschen Bundesbank ab Frühjahr 1988 zur Eindämmung des Preisauftriebs und Stützung des Wechselkurses zusammenhingen. Die geringere Ausweitung des Verbrauchs führte zu einem verhalteneren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und trug zu der Erhöhung des positiven realen Außenbeitrags bei, die hauptsächlich auf die Ausweitung des bilateralen Ungleichgewichtes im Handel mit Italien, Frankreich und Spanien zurückging.

Die Finanzpolitik war in Deutschland im vergangenen Jahr als Ergebnis eines zurückhaltenden Staatsverbrauchs und einer Erhöhung der Verbrauchsteuern namentlich auf Energieprodukte restriktiver. Zusammen mit den höher als erwartet ausgefallenen Vorteilen aus der „Wachstumsdividende“ – geringere Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung, Abnahme der Empfänger anderer Einkommenshilfen, erhebliche Steuermehreinnahmen und kräftige Zunahme der Sozialversicherungsbeiträge – führte dies dazu, daß die öffentlichen Haushalte erstmals seit fast zwei Jahrzehnten insgesamt einen Überschuß aufwiesen. Die Erhöhung der indirekten Steuern ist ein Bestandteil der dreistufigen Steuerreform, mit der das Steuersystem entzerrt werden soll. Die Einkommensteuer wurde 1988 als Teil dieser Reform gesenkt, was damals zu einem expansiven Impuls der Finanzpolitik beitrug, und der letzte und größte Reformabschnitt wurde Anfang dieses Jahres in Kraft gesetzt und brachte Steuererleichterungen von schätzungsweise $1\frac{1}{4}\%$ des Bruttosozialprodukts. Der Zeitpunkt dieser Steuersenkungen mag sich freilich als problematisch erweisen, bedenkt man, daß von ihnen stimulierende Wirkungen zu einer Zeit ausgehen können, in der Kapazitätsgrenzen deutlich erkennbar sind. Zusätzliche konjunkturelle Impulse könnten zudem von dem Ergänzungshaushalt für 1990 ausgehen, der das Wachstum der Ausgaben des Bundes von 3% auf fast 6% erhöht, wobei der Großteil der neuen Mittel als Hilfe für die DDR vorgesehen ist. Andererseits sollte in dem Ausmaß, wie die Importe als Reaktion auf die sehr günstigen Nachfragebedingungen zunehmen, der Prozeß der außenwirtschaftlichen Anpassung ebenfalls begünstigt werden.

Dreistufige
Steuerreform

Übrige große Industrieländer

Die Wirtschaft Frankreichs wuchs 1989, getragen von einer kräftigen Ausweitung der Exporte und der Unternehmensinvestitionen, im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr um fast $3\frac{1}{2}\%$. Dies brachte einen weiteren, geringfügigen

Hohe Exporte und Investitionsausgaben in Frankreich

Rückgang der Arbeitslosigkeit, was ein erfreulicher Kontrast zu deren stetiger Zunahme seit dem ersten Ölpreisschock bis 1987 war. Die Steigerung der Anlageinvestitionen verflachte sich deutlich gegenüber der zweistelligen Wachstumsrate von 1988, der höchsten seit Ende der sechziger Jahre, blieb jedoch ein Hauptträger des Aufschwungs. Die durch hohe Einkommenszuwächse der letzten Jahre induzierten Steuermehreinnahmen haben gemeinsam mit Maßnahmen zur Senkung der Staatsausgaben im Verhältnis zum Sozialprodukt zu einer allmäßlichen Reduzierung des Finanzierungsdefizits der öffentlichen Haushalte von einem Höchstwert von rund 3% auf annähernd 1½% des Bruttoinlandsprodukts im letzten Jahr geführt.

Maßvolle Preis- und Lohnsteigerungen

Trotz einer hohen Auslastung der betrieblichen Kapazitäten ist der Preis- und Lohnkostendruck in Frankreich gering geblieben, woran die durch die Mitgliedschaft im EWS-Wechselkursmechanismus auferlegte Disziplin und das Eintreten der Regierung für Wechselkursstabilität ihren Anteil hatten. Die maßvollen Lohnerhöhungen in Frankreich in den letzten Jahren (s. die Tabelle auf S. 28) heben sich stark ab von denen der siebziger und beginnenden achtziger Jahre. Moderate Nominallohnsteigerungen und ein kräftigeres Produktivitätswachstum haben in jüngster Zeit zusammen mit dem Ölpreisrückgang von 1986 zu einem Schub bei den Gewinnen beigetragen. Der Anstieg der Nettoerträge in Frankreich in den letzten Jahren war einer der höchsten in den Industrieländern. Das allgemein günstige wirtschaftliche Umfeld des Jahres 1989 wies gleichwohl auch mehrere Schwachstellen auf: Tarifauseinandersetzungen im Herbst vor allem im öffentlichen Sektor, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit trotz einer beträchtlichen Zunahme der Beschäftigung und eine Verschlechterung der Bilanz des Außenhandels mit Fertigwaren.

Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Großbritannien ...

Nach einem sehr kräftigen Wirtschaftswachstum 1987/88 schwächte sich in Großbritannien die Konjunktur im letzten Jahr erheblich ab. Das vorherige Expansionstempo war Ausdruck der starken Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern gewesen, unterstützt von einer kräftigen Ausweitung der privaten Verschuldung namentlich im Bereich der Konsumenten- und Hypothekarkredite. Die Beschäftigung weitete sich 1989 erneut kräftig aus, die Arbeitslosenquote sank bis Ende des Jahres auf 5,7%, und die Lohnsteigerungen verstärkten sich auf fast 9%. Die Überhitzung der britischen Wirtschaft war geprägt von stark anziehenden Lohnstückkosten, hohen Preissteigerungen und anfänglich einer deutlichen Erhöhung des negativen Außenbeitrags.

... aber immer noch Anzeichen einer Überhitzung

Um diesem Druck zu begegnen, wurde die Geldpolitik 1988 und 1989 verschärft. Zusammen mit einem vorsichtigen finanzpolitischen Kurs trugen die höheren Zinsen dazu bei, daß sich das Wachstum der Inlandsnachfrage und des realen Bruttoinlandsprodukts im letzten Jahr verlangsamte, nämlich auf 3¼% bzw. 2¼%. Die Abschwächung der Inlandsnachfrage war im zweiten Halbjahr besonders deutlich und geprägt von Kürzungen bei den privaten Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) und einer langsameren Ausweitung des privaten Verbrauchs. Diese Entwicklung ließ den Grad der Kapazitätsauslastung zurückgehen und stabilisierte die Preissteigerungsrate bis Ende 1989. Gleichwohl verstärkten sich die Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt weiter, so daß eine gewisse Unsicherheit bleibt, ob der Lohn- und Arbeitskosten- druck in Schach gehalten werden kann.

**Veränderung des realen BSP/BIP
und der Nachfragekomponenten: große Industrieländer (Forts.)**

Land/Zeitraum	BSP/ BIP ¹	Inlands- nach- frage	Nachfragekomponenten					Nach- richtlich: Private Anlage- investi- tionen (ohne Woh- nungs- bau) ³	
			Pri- vater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlage- investi- tionen	Vor- rats- ver- ände- rung ²	Au- ßen- bei- trag ²		
Veränderung in Prozent									
Frankreich									
1960–69 Durchschnitt	5,5	5,8	5,5	4,1	8,2	0,8	-0,8	8,5	
1969–82 Durchschnitt	3,3	2,6	3,4	3,4	2,0	-0,5	0,3	2,3	
1982–88 Durchschnitt	1,9	2,2	2,3	2,1	1,9	0,0	-0,3	2,7	
1987	1,9	3,0	2,7	3,0	3,7	0,1	-1,1	4,5	
1988	3,4	3,8	2,8	2,3	7,7	0,2	-0,5	10,4	
1989	3,4	3,1	2,9	2,2	4,0	0,2	0,2	4,6	
1989 4. Q. ⁴	3,7	3,1	2,7	4,0	3,6	0,1	0,5	3,7	
Großbritannien									
1960–69 Durchschnitt	2,9	2,8	2,3	2,1	5,5	-0,1	0,1	5,1	
1969–82 Durchschnitt	1,7	1,6	2,0	2,1	0,1	-0,2	0,3	0,6	
1982–88 Durchschnitt	3,6	4,5	4,7	1,0	6,9	0,3	-1,1	9,9	
1987	4,8	5,5	6,1	1,1	8,6	0,1	-0,7	14,4	
1988	4,1	7,6	7,0	0,4	13,6	0,7	-3,5	19,7	
1989	2,2	3,2	3,8	0,5	4,9	-0,2	-1,1	6,4	
1989 4. Q. ⁴	1,9	-0,4	2,5	0,7	1,6	-2,5	2,3	-1,9	
Italien									
1960–69 Durchschnitt	5,8	5,4	6,3	4,1	5,3	-0,2	-0,2	4,1	
1969–82 Durchschnitt	3,4	3,2	4,0	3,0	1,2	0,1	0,3	2,7	
1982–88 Durchschnitt	2,7	3,1	2,9	3,1	3,0	0,2	-0,5	5,3	
1987	3,0	4,6	3,9	3,6	6,8	0,2	-1,8	14,1	
1988	3,9	4,3	3,8	3,0	4,9	0,5	-0,6	6,0	
1989	3,2	3,3	3,8	0,5	5,1	-0,2	-0,3	6,7	
1989 4. Q. ⁴	2,8	1,8	3,1	0,0	4,1	-1,0	0,9	n.v.	
Kanada									
1960–69 Durchschnitt	5,5	5,2	4,6	6,3	5,3	0,1	0,4	5,4	
1969–82 Durchschnitt	3,7	3,8	3,9	3,9	4,7	-0,3	0,2	5,7	
1982–88 Durchschnitt	4,5	4,9	4,4	1,9	6,8	0,4	-0,4	6,2	
1987	4,5	4,9	4,9	0,7	11,6	-0,6	-0,5	11,1	
1988	5,0	5,8	4,3	3,1	13,3	-0,4	-1,1	18,9	
1989	2,9	5,5	4,0	2,2	7,0	1,0	-2,6	8,2	
1989 4. Q. ⁴	2,4	4,8	3,6	2,1	6,2	0,8	-2,4	5,9	
Sieben größte Länder ⁵									
1960–69 Durchschnitt	5,8	5,9	5,4	4,6	8,4	0,2	-0,3	8,6	
1969–82 Durchschnitt	3,0	2,8	3,3	2,3	2,1	-0,2	0,3	2,7	
1982–88 Durchschnitt	3,7	4,0	3,6	2,6	5,5	0,2	-0,3	6,5	
1987	3,6	3,9	3,5	2,0	5,9	0,2	-0,4	6,9	
1988	4,5	4,8	4,0	1,3	8,8	0,2	-0,3	11,5	
1989	3,5	3,5	2,9	1,9	5,9	0,0	-0,1	9,0	
1989 4. Q. ⁴	3,2	3,2	2,9	0,7	5,5	0,0	0,0	9,0	

Fußnoten s. Tabelle auf S. 17.

Anhaltende
Wachstums-
dynamik
in Italien

Die Wirtschaftstätigkeit in *Italien* blieb 1989 im Einklang mit der allgemeinen Entwicklung auf dem europäischen Kontinent bei einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3 1/4% kraftvoll. Der Produktionsanstieg wurde von den Anlageinvestitionen und dem Export getragen. Am Jahresende lag die Arbeitslosigkeit leicht unter den Jahresendständen früherer Jahre, die Kapazitätsauslastung war höher, und die Industrieproduktion hatte deutlich zugelegt. Die insgesamt positive Richtung der Wirtschaftsentwicklung brachte jedoch keine substantiellen Fortschritte bei der Verringerung des Finanzierungsdefizits der öffentlichen Haushalte. Das hohe Tempo der Wirtschaftstätigkeit trug überdies zu einem Auftrieb der Löhne und Preise bei, obwohl die Arbeitslosigkeit hoch blieb und die Zinsen im Jahresverlauf deutlich anstiegen. Die verglichen mit Italiens wichtigsten Handelspartnern ungünstige Entwicklung der Lohnkosten trug zu einer starken Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei und verhinderte eine spürbare Korrektur des negativen Außenbeitrags.

Langsameres
Wachstum
in Kanada ...

In *Kanada* verlangsamte sich 1989 das Wirtschaftswachstum, als nach einer sechsjährigen robusten Wirtschaftstätigkeit Anzeichen einer Überhitzung bei sehr hoher Auslastung der Sachkapazitäten auftraten. Die Arbeitslosigkeit war mit 7,3% zur Jahresmitte 1989 die niedrigste seit Anfang der achtziger Jahre, und im ersten Halbjahr waren Auftriebstendenzen bei Preisen und Löhnen unübersehbar. Das Wachstum der Inlandsnachfrage überstieg das der Produktion um einiges und bewirkte, daß sich der Außenbeitrag stark verschlechterte. Der restriktive Kurs der Geldpolitik wurde während des Jahres beibehalten, um der drohenden Beschleunigung des Preisanstiegs zu begegnen. Infolgedessen schwächte sich das gesamtwirtschaftliche Nachfragewachstum im zweiten Halbjahr deutlich ab, die Arbeitslosigkeit erhöhte sich leicht, und die Auslastung der Sachkapazitäten ging zurück. Die Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit konzentrierte sich auf die zinsreagiblen Bereiche der Verbrauchsausgaben und die Ausrüstungsinvestitionen. Ein Einbruch beim realen Exportwachstum, der teilweise die konjunkturelle Verlangsamung in den USA und eine reale Aufwertung der heimischen Währung widerspiegelte, trug ebenfalls zu dem schwächeren Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Kanada bei.

Übrige Industrieländer

Getragen von
den Anlage-
investitionen
erreicht das
reale Wachstum
in vielen
Ländern 4–5% ...

Das Wachstum der realen Produktion in den übrigen Industrieländern belief sich im vergangenen Jahr durchschnittlich auf 3 1/2%, was eine kleine Steigerung gegenüber 1988 war (s. die Tabelle auf S. 24). In sieben Ländern erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 4–5%, und in den meisten von ihnen war auffallend, daß die Anlageinvestitionen die dynamischste Nachfragekomponente waren, mit Wachstumsraten, die von 4 1/2% in den Niederlanden bis 14 1/2% in Belgien reichten. Angesichts des typischerweise hohen Importgehalts der Kapitalgüter ging die kräftige Investitionskonjunktur mit einem kräftigeren Wachstum der Einfuhren einher. Deshalb leistete die Veränderung des Außenbeitrags trotz günstiger Exportbedingungen einen negativen Beitrag zum Produktionswachstum. In Australien betrug dieser dann auch mehr als 3 Prozentpunkte. Ein zweites Merkmal bei einigen

Ländern dieser Gruppe war, daß sie zu einer restriktiven Wirtschaftspolitik gezwungen waren, um einer weiteren Verschlechterung ihrer Leistungsbilanz und/oder einer Beschleunigung des Preisanstiegs vorzubeugen. Dies traf auf Spanien zu, das zweimal die inländische Kreditpolitik verschärfte und Schritte zur Reduzierung des Kapitalzuflusses unternahm. Auch Australien, Finnland und Portugal griffen zu monetärer Restriktion, und in den ersten beiden Ländern bewegten sich die kurzfristigen Realzinsen während des größten Teils des letzten Jahres innerhalb einer Spanne von 5–6%. Da jedoch die Finanzmärkte gewöhnlich schneller reagieren als die Gütermärkte, beeinflußten die ergriffenen Maßnahmen zumeist offenbar den nominalen Wechselkurs stärker als die Inlandsnachfrage, mit dem Ergebnis, daß die Höherbewertung der Währung das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht weiter verschlimmerte.

Verstärkter Inflationsdruck und Sorge über die Leistungsbilanz gab es nicht nur in Ländern mit hohen Wachstumsraten. Probleme mit dem Ausgleich der Leistungsbilanz haben die dänische Regierung seit mehreren Jahren zu einem restriktiven Kurs gezwungen. Das moderate Wirtschaftswachstum im letzten Jahr beruhte nahezu gänzlich auf der Veränderung des Außenbeitrags, während die Anlageinvestitionen auf 18% des Bruttoinlandsprodukts zurückgingen, dabei jedoch über dem Wert früherer konjunktureller Talsohlen blieben. Israel war bemüht, die Inflation durch höhere

... aber der
Preisauftrieb be-
schleunigt sich ...

... und hält eini-
ge Länder auf
einem niedrigen
Wachstumspfad

**Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts
und der Anlageinvestitionen in den übrigen Industrieländern**

Land	BIP von 1987 in Mrd. US-\$	Reales Bruttoinlandsprodukt				Bruttoanlageinvestitionen			
		1980–86	1987	1988	1989 ¹	1980–86	1987	1988	1989 ¹
		Veränderung in Prozent							
Australien	196	3,0	4,1	3,7	4,9	2,4	3,5	9,6	9,4
Belgien	139	0,8	2,0	4,3	4,2	-2,9	5,2	16,0	14,3
Dänemark	101	2,8	-0,6	-0,2	1,1	4,5	-7,4	-4,8	-1,1
Finnland	89	2,8	4,0	5,2	5,0	1,9	5,4	9,8	12,6
Griechenland	46	1,3	-0,1	4,0	2,3	-3,0	-7,9	9,0	8,4
Irland	30	2,0	4,9	3,7	5,0	-2,8	-1,9	-1,7	10,5
Israel	36	2,8	5,2	1,6	1,0	1,6	3,3	-2,1	-3,0
Neuseeland ²	35	2,5	1,4	0,1	-1,2	6,2	-7,4	6,5	-5,9
Niederlande	213	1,2	1,2	2,8	4,1	1,0	0,6	9,8	4,5
Norwegen	84	3,5	2,0	0,1	2,3	4,7	-2,1	0,7	-4,3
Österreich	117	1,3	1,9	4,2	3,8	-0,0	2,9	5,8	4,6
Portugal	37	1,4	4,6	4,2	5,4	-2,0	15,0	16,0	9,5
Schweden	161	1,9	2,9	2,3	2,1	1,5	7,6	6,4	9,5
Schweiz	171	1,6	2,0	3,2	3,1	3,7	7,6	7,0	5,1
Spanien	289	1,7	5,5	5,3	5,2	0,4	14,6	14,0	13,6
Südafrika	83	1,0	2,1	3,7	2,1	-4,5	-2,5	8,6	4,0
Türkei	68	5,4	7,4	3,4	1,9	5,9	5,6	-1,3	-3,0
Durchschnitt ³	–	2,0	3,0	3,3	3,5	1,2	4,4	8,1	7,0

¹ Vorläufig. ² Finanzjahr, im März endend. ³ Berechnet unter Verwendung der BIP-Gewichte und Wechselkurse von 1987.

Quellen: OECD, National Accounts; IMF, International Financial Statistics; Angaben der einzelnen Länder.

Einkommensteuern und eine Stabilisierung des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar einzudämmen. Die Inflationsrate verharrte indes bei 20%, und die Regierung griff zweimal zum Mittel der Abwertung, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Die Türkei stützt sich in ihrem Bemühen um Reduzierung der Inflation hauptsächlich auf die Haushaltspolitik und ist zudem bestrebt, die monetäre Finanzierung des öffentlichen Defizits zu verringern. In diesem Jahr verkündete die Zentralbank erstmals eine Zielvorgabe für das Geldmengenwachstum. In Schweden führte die Übernachfrage zu einem Inflationsschub und zu einer Ausweitung des außenwirtschaftlichen Defizits trotz eines wachsenden Finanzierungsüberschusses des öffentlichen Haushalts. Im Februar dieses Jahres schlug die schwedische Regierung, um die Inflationspirale zu brechen, eine Reihe von Maßnahmen vor, die jedoch vom Parlament erheblich verwässert wurden. Anfang April kam es, nachdem die Teuerungsrate auf über 11% gesprungen war, zur Vorlage eines zweiten Bündels restriktiver Maßnahmen. In Griechenland schwächte sich das Produktionswachstum auf 2¼% ab, und der Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors erhöhte sich auf mehr als 20% und das außenwirtschaftliche Defizit auf fast 5% des Bruttoinlandsprodukts. Auch in Südafrika schwächte sich das Produktionswachstum ab, vor allem außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors, wobei die staatlichen Instanzen die Finanz- und Geldpolitik zur Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke und zur Dämpfung der Inflationsrate verschärften. Kapazitätsengpässe und ein angespannter Arbeitsmarkt begrenzten in der Schweiz die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts auf 3%, während die Geldpolitik beträchtlich verschärft wurde, um einer weiteren Abwertung des Schweizer Frankens vorzubeugen. In Norwegen weitete sich die Produktion etwas stärker aus, was dem Einfluß günstigerer Terms of trade, aber auch einer Lockerung der Wirtschaftspolitik zu verdanken war, letzteres angesichts eines – als Reaktion auf frühere Maßnahmen – schwächeren Preisauftriebs und einer günstigeren Leistungsbilanz.

Preise, Kosten und Gewinnquoten

Höhere Inflation
Anfang 1989 ...

Der Anstieg der Verbraucherpreise verstärkte sich 1989 in nahezu allen Industrieländern, wobei es im ersten Halbjahr eine besonders starke Beschleunigung gab, als die Jahresteuerungsrate um 1 Prozentpunkt über die von Ende 1988 kletterte (s. die Tabelle auf S. 26). Änderungen bei den indirekten Steuern waren für einen großen Teil des Preissprungs in Japan und Deutschland verantwortlich, wirkten hingegen inflationsdämpfend in Frankreich, Italien und den Niederlanden. Hinzu kam, daß höhere Dollarpreise für Öl und andere Rohstoffe die Einfuhrpreise tendenziell steigen ließen, insbesondere in Ländern, deren Währungen gegenüber dem US-Dollar an Wert verloren. Zudem ermöglichten die hohe Kapazitätsauslastung und die stürmische Nachfrage es den Unternehmen, die Gewinnmargen zu erhöhen. Besonders wahrnehmbar war dies in Europa, während die japanischen Unternehmen ihre Gewinnspannen offenbar reduzierten (s. weiter unten).

Während die 1988 vorgenommene und im ganzen Jahr 1989 beibehaltene Straffung der Geldpolitik zu einer Dämpfung der Preisauftriebstendenzen

Verbraucherpreise							
Land	1987	1988	1989				1990
			März	Juni	Sept.	Dez.	
	Veränderung gegen Vorjahr in Prozent ¹						
USA	4,4	4,4	5,0	5,2	4,3	4,6	5,2
Japan	0,8	1,0	1,1	3,0	2,6	2,6	3,5
Deutschland (BR)	1,0	1,8	2,6	2,9	2,9	3,0	2,7
Frankreich	3,1	3,1	3,4	3,6	3,4	3,6	3,4
Großbritannien	3,7	6,8	7,9	8,3	7,6	7,7	8,1
Italien	5,1	5,5	6,4	7,0	6,6	6,5	6,1
Kanada	4,2	4,0	4,6	5,4	5,2	5,1	5,3
Australien ²	7,1	7,7	6,8	7,6	8,0	7,8	8,6
Belgien	1,4	1,9	2,8	3,0	3,5	3,6	3,4
Dänemark	4,1	4,5	4,7	4,5	4,7	4,8	3,0
Finnland	4,2	6,5	6,6	6,8	6,7	6,6	6,5
Griechenland	15,7	14,0	13,5	13,4	14,3	14,8	17,8
Irland	3,1	2,7	3,3	3,8	4,5	4,7	4,2
Israel	16,1	16,4	19,5	20,1	21,0	20,7	16,1
Neuseeland	9,6	4,7	4,0	4,4	7,2	7,2	7,0
Niederlande	-0,5	1,2	0,8	1,0	1,3	1,3	2,2
Norwegen	7,4	5,6	4,3	4,7	4,2	4,2	4,5
Österreich	1,7	1,9	2,2	2,5	2,5	2,9	3,1
Portugal	8,9	11,7	12,4	13,2	12,7	11,6	12,8
Schweden	5,2	6,0	6,3	6,6	6,4	6,6	11,2
Schweiz	1,9	1,9	2,3	3,0	3,4	5,0	5,0
Spanien	4,6	5,9	6,0	7,1	6,8	6,9	7,0
Südafrika	14,7	12,5	13,8	15,7	14,9	15,3	14,9
Türkei ²	55,1	75,2	64,5	67,7	73,1	68,8	62,8
Durchschnitt ³	3,6	4,1	4,5	5,2	4,8	4,9	5,3
	(4,9)	(5,6)	(5,9)	(6,5)	(6,2)	(6,3)	(6,5)

¹ Quartalszahlen für Australien, Irland und Neuseeland. ² Neue Reihe ab 1989 für Australien und ab 1990 für die Türkei. ³ Berechnet unter Verwendung der BIP-Gewichte und Wechselkurse von 1987. Die kursiven Zahlen basieren auf Kaufkraftparitätsgewichten.

Quelle: Angaben der einzelnen Länder.

im zweiten Halbjahr 1989 beigetragen hatte, trat zu Beginn dieses Jahres ein neuer Inflationsschub auf. In den USA war hauptsächlich die ungünstige Witterung für den Anstieg verantwortlich; in anderen Ländern drückten höhere Öl- und sonstige Einfuhrpreise die Einzelhandelspreise nach oben. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß der einmalige Preisanstieg zu Beginn des Jahres 1989 die zugrundeliegenden Kostensteigerungen auf Dauer beeinflußt hat.

Die Tabelle auf den Seiten 28/29 zeigt die Entwicklung von Preisen und Kosten, wobei das Augenmerk auf deren Beitrag zur Veränderung der Gewinne gelenkt wird, die insbesondere in den europäischen Ländern erheblichen Einfluß auf die Investitionspläne der Unternehmen haben. Alle Komponenten werden je Einheit des Gesamtabsatzes in konstanten Preisen gemessen, und die Importe werden zusammen mit Arbeit und Kapital als Input betrachtet. Auf der Basis dieser breiten Definition hängt die Gewinn-

... und erneute
Beschleunigung
1990

Starker Anstieg der Gewinnquoten in den achtziger Jahren...

quote nicht nur vom Verhältnis der Erzeugerpreise zu den Lohnstückkosten ab, sondern auch von den Einfuhrpreisen und dem Anteil der Importe am Gesamtabsatz. Hinzu kommt, daß die Gewinnquote, da der Gewinn ohne die Abschreibungen und indirekten Steuern (abzüglich der Subventionen) gemessen wird, zurückgeht, wenn die Erzeugerpreise nur teilweise an Erhöhungen dieser Kostenkomponenten angepaßt werden. Andererseits sind, um die Länder vergleichbar zu machen, in der Maßgröße die Zahlungen von Zinsen und Unternehmenssteuern enthalten.

In fünf der sieben in der Tabelle enthaltenen Länder erhöhte sich die Gewinnquote in den achtziger Jahren, wobei in Deutschland, Frankreich und Großbritannien besonders große Steigerungen zu verzeichnen waren. In Deutschland und in Frankreich löste der Ölpreisrückgang von 1986 eine beträchtliche Gewinnausweitung aus, und in neuerer Zeit haben ein moderater Anstieg der Nominallöhne und ein kräftigeres Produktivitätswachstum zu einem weiteren Anstieg beigetragen. Die deutschen Unternehmen profitierten zudem von einer starken Nachfrage nach Investitionsgütern und vermochten angesichts des hohen Auslastungsgrades der Kapazitäten (des höchsten seit 1973) ihre Gewinnmargen sowohl am Inlandsmarkt als auch auf den ausländischen Märkten auszuweiten. Auch in Frankreich erhöhte sich die Kapazitätsauslastung, aber das auffälligste Merkmal war die Verlangsamung des Lohnkostenanstiegs im Vergleich zu den frühen achtziger Jahren. In Großbritannien entfällt der größte Teil der Gewinnverbesserung auf die Zeit vor 1986, wohingegen in den letzten drei Jahren eine stetige Zunahme des Lohnkostendrucks unter der gemeinsamen Auswirkung höherer Nominallohnsteigerungen und eines verhalteneren Produktivitätswachstums zu beobachten war. Die Einfuhren trugen ebenfalls zu dem höheren Kostendruck des letzten Jahres infolge der Abwertung des Pfundes und einer markanten Zunahme der Importe in Relation zum Sozialprodukt bei. Gleichzeitig ermöglichten höhere Ölpreise zusammen mit der Abwertung den Exporteur, ihre Gewinnspannen auszuweiten.

In den USA war die Verbesserung der Gewinnquote ebenfalls weitgehend auf die frühen achtziger Jahre beschränkt. Seit 1985 haben höhere Spannen bei Exportgütern die gesamte Gewinnmarge steigen lassen, und trotz der Abwertung des Dollars und einer Zunahme der Importe in Relation zum Sozialprodukt blieb der von den Einfuhren ausgehende Kostendruck überraschend gering. Der Anstieg der Lohnstückkosten hat sich allerdings seit 1986 verstärkt, auch wenn sich darin hauptsächlich Entwicklungen im Dienstleistungssektor widerspiegeln. So war der letztjährige geringe Rückgang der Gewinnquote zu einem großen Teil das Ergebnis eines um $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkte schnelleren Anstiegs der Lohnstückkosten. Auch in Italien verbesserte sich wie in den anderen kontinentaleuropäischen Ländern die Gewinnsituation der Unternehmen im Jahr 1986 deutlich. Seither stagniert oder sinkt jedoch die Gewinnquote. Ein Grund für diese Verschlechterung war der zunehmende Importkostendruck, aber offenbar sahen die Unternehmen auch davon ab, ihre Preise nach Maßgabe der Kostensteigerungen anzuheben, möglicherweise als Reaktion auf eine straffere Wechselkurspolitik. Der Anstieg der Arbeitskosten hat sich seit den frühen achtziger Jahren

Entwicklung der Preise, Kosten und Gewinnquoten ¹					
Land/Position	1980–85	1986	1987	1988	1989 ²
	Veränderung in Prozent (Jahresrate)				
USA					
Preise, Gesamtabsatz	4,6	2,2	3,0	3,2	3,8
Preise, Exporte	-2,6	6,2	9,3	16,9	10,5
Kosten insgesamt	4,1	2,6	2,9	2,9	4,1
Löhne	4,2	2,3	2,8	2,5	3,8
Importe	3,4	6,5	7,8	3,8	4,8
Reingewinn	6,8	0,6	3,3	5,3	2,7
Gewinnquote ³	16,1	17,6	17,6	18,0	17,8
Japan					
Preise, Gesamtabsatz	1,3	- 1,8	-0,6	-0,2	1,4
Preise, Exporte	3,3	-19,9	-9,0	1,1	11,7
Kosten insgesamt	1,5	- 2,4	0,4	0,6	2,4
Löhne	1,3	1,4	-0,5	-2,1	-0,9
Importe	-3,3	-32,1	-2,7	13,7	23,2
Reingewinn	0,6	1,1	-3,8	-2,2	-2,2
Gewinnquote ³	23,5	23,4	22,6	22,2	21,6
Deutschland (BR)					
Preise, Gesamtabsatz	3,4	- 0,3	0,6	1,4	2,8
Preise, Exporte	7,4	- 4,5	-2,9	3,2	8,4
Kosten insgesamt	3,0	- 1,8	0,4	0,6	2,5
Löhne	2,1	2,3	1,5	-0,4	-0,1
Importe	4,4	-11,3	-3,0	3,1	7,7
Reingewinn	5,7	7,0	1,5	4,5	4,9
Gewinnquote ³	15,9	19,0	19,2	19,8	20,2
Frankreich					
Preise, Gesamtabsatz	9,4	1,6	2,2	2,9	4,0
Preise, Exporte	11,5	- 7,4	-0,3	5,6	10,3
Kosten insgesamt	9,2	- 0,8	2,0	2,4	3,8
Löhne	8,6	1,3	0,6	0,2	1,5
Importe	9,8	- 9,4	3,9	5,9	11,6
Reingewinn	10,6	14,0	3,0	5,2	4,8
Gewinnquote ³	15,3	18,2	18,3	18,7	18,8
Großbritannien					
Preise, Gesamtabsatz	6,9	1,8	4,3	4,9	6,4
Preise, Exporte	7,7	- 7,9	3,2	-4,4	9,7
Kosten insgesamt	6,2	2,8	3,4	5,0	7,2
Löhne	5,5	3,6	3,3	4,5	8,0
Importe	8,7	- 1,8	5,0	5,2	9,6
Reingewinn	11,6	- 3,7	9,8	4,2	1,1
Gewinnquote ³	11,8	13,8	14,5	14,4	13,8
Italien					
Preise, Gesamtabsatz	13,8	3,2	4,8	5,5	6,6
Preise, Exporte	14,9	- 4,5	0,9	5,1	10,3
Kosten insgesamt	13,5	0,6	5,9	6,9	6,8
Löhne	13,7	5,0	5,0	5,2	4,5
Importe	12,7	-13,2	5,5	7,1	13,4
Reingewinn	14,2	9,1	2,4	2,7	6,2
Gewinnquote ³	29,0	31,2	30,5	29,7	29,6

Entwicklung der Preise, Kosten und Gewinnquoten ¹ (Forts.)					
Land/Position	1980–85	1986	1987	1988	1989 ²
	Veränderung in Prozent (Jahresrate)				
Kanada					
Preise, Gesamtabsatz	5,5	2,0	2,5	2,4	3,3
Preise, Exporte	5,6	1,9	0,4	1,8	-2,5
Kosten insgesamt	5,5	3,8	1,8	1,9	4,0
Löhne	5,1	2,1	3,2	1,7	4,8
Importe	5,0	3,8	-0,6	2,9	1,4
Reingewinn	5,5	-5,5	6,2	4,9	-0,2
Gewinnquote ³	18,9	17,6	18,1	18,7	18,0

¹ Der Gesamtabsatz umfaßt den Inlandsabsatz und den Export; alle Preis-, Kosten- und Gewinnkomponenten werden je Einheit des Gesamtabsatzes in konstanten Preisen gemessen. Folglich werden die Jahresveränderungen der Exportpreise von Veränderungen des Anteils der Exporte am Gesamtabsatz und die der Kostenkomponenten von Veränderungen ihres Anteils an den Gesamtkosten berührt. Die Gesamtkosten enthalten auch Abschreibungen und indirekte Steuern abzüglich Subventionen; die Löhne und die Gewinne wurden bereinigt um Veränderungen des Anteils der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstägigen insgesamt. ² Teilweise geschätzt. ³ In Prozent; die erste Spalte bezieht sich auf 1980.

Quellen: OECD, National Accounts; Angaben der einzelnen Länder.

... aber mit einigen Ausnahmen

beträchtlich verlangsamt, scheint jedoch nunmehr bei rund 5% jährlich zu verharren, was erheblich mehr ist, als Italiens Haupthandelspartner aufweisen.

Sowohl Kanada als auch Japan erlebten rückläufige Gewinnquoten in den achtziger Jahren. Die kanadischen Unternehmen hatten teilweise aufgrund der geringen weltweiten Nachfrage nach Öl und anderen Rohstoffen, die 1988 rund 20% der gesamten Warenausfuhr ausmachten, Schwierigkeiten, ihre Gewinnspannen bei Exportgütern aufrechtzuerhalten. Die Lohnkosten stiegen verhältnismäßig maßvoll, trugen jedoch im letzten Jahr hauptsächlich aufgrund einer markanten Abschwächung des Produktivitätswachstums zu einer Verringerung der Gewinnmargen bei. Japan weist von allen Ländern der Tabelle den größten Rückgang der Gewinnquote auf. Obwohl die Gewinnquote von 23,5% im Jahr 1980 nur von der Italiens übertroffen wurde, überrascht diese Entwicklung angesichts des hervorragenden Abschneidens der japanischen Unternehmen auf den Weltmärkten und des jüngsten Investitionsbooms. Mehrere Faktoren trugen zu der Entwicklung bei. Erstens hatten die japanischen Unternehmen Probleme bei der Aufrechterhaltung ihrer Margen bei Exportgütern, insbesondere 1986/87, als der gewogene reale Außenwert des Yen um fast 45% stieg. Zweitens drückten 1988/89, als ein schwächerer Yen höhere Margen bei den Ausfuhren zuließ, die Einfuhrpreise die Kosten nach oben, wobei einige Betriebe, insbesondere die öffentlichen Versorgungsunternehmen, Schwierigkeiten hatten, die höheren Kosten auf die Preise zu überwälzen. Drittens beziehen sich andere Kennziffern, die die jüngste Ertragsentwicklung günstiger wiedergeben, auf große Kapitalgesellschaften, während im übrigen Unternehmenssektor, zu dem eine große Zahl von Zulieferfirmen gehören und der rund 50% der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf sich vereinigt, die Gewinnmargen unter Druck standen. Viertens und letztens (und vielleicht als Wichtigstes) kommt hinzu, daß die Fixkosten in einer Zeit stabiler oder sogar sinkender Preise zu einer stärkeren Belastung werden. Im Zeitraum 1980–89, als die Erzeugerpreise

jährlich nur um 0,6% stiegen (und in den letzten vier Jahren sogar fielen), erhöhten sich die Abschreibung je Produkteinheit jährlich um 3% und die indirekten Steuern abzüglich Subventionen um 5%. Da die Fixkosten in Japan nahezu 25% der gesamten Kosten betragen, erklärt diese Entwicklung, weshalb die Gesamtkosten in den achtziger Jahren trotz moderater Lohnkostenzuwächse und sinkender Importkosten um 1% pro Jahr stiegen.

Löhne, Produktivität und Basisinflation

Die unerwartet kräftige Zunahme der Wirtschaftstätigkeit im Jahr 1989 brachte als Fortsetzung des längsten Aufschwungs seit den sechziger Jahren in den meisten Industrieländern eine angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Die Beschäftigung weitete sich in den Industrieländern mit annähernd 1,8% kräftig aus und führte zusammen mit einer moderaten Erhöhung des Arbeitskräftepotentials von 1,3% zu sinkenden Arbeitslosenquoten. Besonders deutlich ging die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 1989 in mehreren europäischen Ländern zurück, so in Deutschland, Großbritannien, Spanien und Belgien, wenngleich vielerorts die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit eine Hauptsorge bleibt. Eine nur geringfügige Abnahme im letzten Jahr verzeichneten hingegen die Vereinigten Staaten und Japan infolge der bereits angespannten Lage am Arbeitsmarkt, der Zunahme der Erwerbsbevölkerung und der leichten Abschwächung der Konjunktur namentlich im verarbeitenden Gewerbe. Der jüngste Rückgang der Arbeitslosenquoten lässt um so mehr hoffen, wenn man als Vergleichswert das Anfang der achtziger Jahre erreichte Konjunkturtief nimmt. Daran gemessen sind die Arbeitslosenquoten in den USA und Großbritannien um fast die Hälfte oder mehr gesunken; auch in einer Reihe anderer westeuropäischer Länder gab es beträchtliche Rückgänge.

Die angespannte Arbeitsmarktlage spiegelt sich auch in den vermehrt geleisteten Überstunden, der gestiegenen Zahl der offenen Stellen und der Abnahme der Kurzarbeit wider. Die Anzahl der Kurzarbeiter in den USA ging 1989 um fast 10% zurück. In Japan lag die „job open ratio“, die die Anzahl der offenen Stellen je Arbeitssuchenden angibt, im zweiten Halbjahr 1989 bei 1,3 (sie war 1988 erstmals seit vierzehn Jahren über den Wert 1 gestiegen). In Deutschland erhöhte sich die Zahl der offenen Stellen im Jahresverlauf um mehr als 50% und näherte sich einem Höchststand, der zuletzt im Dezember 1979 erreicht worden war, und in Frankreich stieg die Zahl der offenen Stellen um über 18%.

Die Zunahme des Arbeitskräftepotentials weist von Land zu Land starke Unterschiede auf je nach der jeweiligen Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur sowie der Reaktionen auf die günstigen Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine starke Zunahme der Erwerbspersonen von 1,8% bzw. 1,7% verzeichneten die USA und Japan im vergangenen Jahr aufgrund eines Anwachsens der erwerbsfähigen Bevölkerung und höherer Erwerbsquoten. In der Europäischen Gemeinschaft erhöhte sich hingegen das Arbeitskräftepotential 1989 aufgrund eines weiterhin abnehmenden Wachstums der erwerbsfähigen Bevölkerung nur um 0,5%. Deutschland ist ein Sonderfall, da 720 000 Aussiedler aus Osteuropa die treibende Kraft hinter der Zunahme der Erwerbspersonen

Zunehmende
Anspannungen
auf dem
Arbeitsmarkt ...

... und rück-
läufige Arbeits-
losenquoten

Beschleunigter Anstieg der Löhne und ...

... verlangsamter Anstieg der Produktivität im letzten Jahr

Basisinflation und Lohnstückkosten

Anstieg der Preise und Lohnstückkosten

um 0,6% waren. Schätzungen zufolge ist etwas mehr als die Hälfte dieser Aussiedler sofort dem Arbeitskräftepotential hinzurechnen; die meisten sind vergleichsweise jung: Nur etwa 8% von ihnen sind über sechzig Jahre alt gegenüber 22% der derzeitigen Bevölkerung in der Bundesrepublik.

Der Anstieg der Löhne und Gehälter hat sich im letzten Jahr in den meisten Ländern hauptsächlich aufgrund der Beschleunigung der Lohnkosten im Dienstleistungssektor verstärkt. Die Lohnzuwächse in der Industrie waren 1988 und 1989 in den großen Industrieländern mit rund 5,0% wenig verändert. Damit lagen sie jedoch mehr als 1 Prozentpunkt über der Lohnsteigerungsrate von 1987 (s. die folgende Tabelle). Besonders hohe Lohnsteigerungen waren im letzten Jahr in Großbritannien, Australien, Schweden, Finnland und Griechenland zu verzeichnen. Mehrere Lohnabschlüsse der jüngsten Zeit, die kompromißlose Haltung der Arbeitnehmer in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und häufigere Arbeitskämpfe lassen darauf schließen, daß diese Entwicklung anhalten könnte.

Hinzu kommt, daß die Lohnstückkosten vielfach noch weiter dadurch nach oben gedrückt wurden, daß allgemein die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe – nach ihrem raschen Ansteigen 1988 – im vergangenen Jahr langsamer zunahm. In der Gruppe der großen Industrieländer war ein steiler Anstieg der Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe in Großbritannien, Italien und Kanada hauptsächlich wegen des stark nachlassenden Produktivitätswachstums zu verzeichnen. Eine sehr günstige Kostenentwicklung war dagegen in Japan aufgrund einer weiterhin kräftigen Zunahme der Produktivität im Jahr 1989 (die allerdings hinter dem außergewöhnlich hohen Zuwachs von 1988 zurückblieb) und – als Folge eines maßvollen Anstiegs der Löhne – in Frankreich und den Niederlanden festzustellen.

Der beschleunigte Anstieg der Löhne könnte, wenn er unvermindert anhält, in einer Reihe von Ländern angesichts des üblichen Zusammenhangs zwischen Lohnsteigerungen und hausgemachter Inflationsraten ein Problem darstellen. Hinzu kommt, daß die in den vergangenen Jahren in Japan, Großbritannien, Schweden und andernorts beobachtete „Inflation der Vermögenswerte“ zu einem stärkeren Lohnauftrieb führen könnte, wenn die Arbeitnehmer bestrebt sind, angesichts galoppierender Preise für Grundstücke und Wohnbauten ihren bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten (s. Kapitel IV).

Die Grafik auf Seite 34 zeigt den Verlauf der „Basisinflation“, ein Maß für den vorhandenen inländischen Inflationsdruck, errechnet als Prozentveränderung des Index der Verbraucherpreise (ohne Nahrungsmittel und Energie), zusammen mit der Entwicklung der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft seit 1965. Die Bereinigung des Anstiegs der Verbraucherpreise um die Entwicklung der Energiepreise ist wegen der großen Schwankungen des Ölpreises besonders wichtig.

Die Grafik verdeutlicht, daß die Anstiegsraten der Lohnstückkosten und der Binneninflation die meiste Zeit über sehr ähnlich verlaufen. Bei der Mehrzahl der Länder ist für die vergangenen drei Jahre ein Anstieg der Basisinflationsrate festzustellen. Auch wenn die allgemeine Verbesserung der Ertragssituation in den meisten Industrieländern seit 1982 vermuten läßt, daß

Lohnstückkosten und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe¹

Land/Zeitraum	Relative Lohnstückkosten ²	Inländische Bedingungen			Äußere Bedingungen	
		Lohnstückkosten (ULC)	davon		Ausländische Lohnstückkosten (Landeswährung)	Nominaler effektiver Wechselkurs
			zuzüglich: Lohnkosten	abzüglich: Produktivitätswachstum		
Veränderung in Prozent						
USA						
1961–69 Durchschnitt	– 0,7	1,6	4,7	3,1	2,7	0,5
1969–82 Durchschnitt	– 1,9	6,4	8,8	2,3	8,0	– 0,3
1982–89 Durchschnitt	– 4,6	– 0,3	3,7	4,0	1,4	– 2,9
1987	– 13,5	– 1,0	2,6	3,7	1,2	– 11,2
1988	– 7,2	0,9	3,6	2,7	1,2	– 6,8
1989	3,8	1,5	4,3	2,8	1,6	3,8
Japan						
1961–69 Durchschnitt	0,5	1,8	10,9 ³	9,0	1,7	0,4
1969–82 Durchschnitt	1,7	6,5	13,3	6,4	7,8	3,0
1982–89 Durchschnitt	6,7	– 0,7	5,2	6,0	1,3	8,6
1987	7,6	– 2,8	2,6	5,8	– 1,0	9,5
1988	3,8	– 4,3	6,8	11,5	1,7	10,0
1989	– 8,7	– 0,5	5,7	6,3	3,1	– 5,0
Deutschland (BR)						
1962–69 Durchschnitt	0,2	2,3	8,3	5,7	3,0	0,8
1969–82 Durchschnitt	1,6	5,8	9,8	3,8	8,4	4,2
1982–89 Durchschnitt	1,6	0,9	4,3	3,3	1,8	2,4
1987	9,2	2,9	4,6	1,7	0,4	6,6
1988	0,0	– 0,5	3,6	4,1	– 1,3	– 0,7
1989	– 1,8	0,9	4,2	3,2	1,7	– 1,2
Frankreich						
1963–69 Durchschnitt	1,4	4,2	8,4	3,9	2,3	– 0,5
1969–82 Durchschnitt	– 1,0	9,8	14,5	4,4	8,9	– 1,8
1982–89 Durchschnitt	– 0,6	1,9	6,1	4,2	1,5	– 1,0
1987	0,0	1,2	5,0	3,7	1,8	0,8
1988	– 4,3	– 3,2	3,5	7,1	– 1,0	– 2,1
1989	– 4,0	0,1	4,0	4,0	2,9	– 1,2
Großbritannien						
1963–69 Durchschnitt	– 2,7	3,2	6,7	3,4	3,6	– 2,2
1969–82 Durchschnitt	1,7	12,6	14,7	1,8	8,3	– 2,6
1982–89 Durchschnitt	– 1,2	3,1	8,5	5,3	2,0	– 2,5
1987	– 2,6	1,4	8,1	6,6	2,3	– 1,5
1988	8,3	3,0	8,4	5,3	0,4	6,0
1989	– 0,5	4,5	8,8	4,1	2,0	– 3,0
Italien						
1965–69 Durchschnitt	– 1,9	0,7	9,0	8,2	3,3	0,6
1969–82 Durchschnitt	– 0,9	14,5	19,8	4,7	8,9	– 6,5
1982–89 Durchschnitt	2,6	5,7	10,6	4,6	1,3	– 1,7
1987	0,9	3,3	8,4	4,9	2,8	0,4
1988	– 0,5	3,6	8,0	4,2	0,9	– 3,2
1989	5,5	5,9	8,1	2,1	1,1	0,6

Lohnstückkosten und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe ¹ (Forts.)										
Land/Zeitraum	Relative Lohn- stück- kosten ²	Inländische Bedingungen			Äußere Bedingungen					
		Lohn- stück- kosten (ULC)	davon		Auslän- dische Lohn- stück- kosten (Landes- währung)	Nominal- er effek- tiver Wechsel- kurs				
			zuzüglich: Lohn- kosten	abzüglich: Produkti- vitäts- wachstum						
Veränderung in Prozent										
Kanada										
1961–69 Durchschnitt	-1,6	0,9	5,4	4,4	1,8	-0,6				
1969–82 Durchschnitt	-0,1	8,4	10,4	1,9	7,2	-1,2				
1982–89 Durchschnitt	1,6	1,8	6,7	4,9	-0,1	-0,2				
1987	5,0	2,9	6,2	3,2	-0,9	1,3				
1988	8,9	3,0	8,0	4,9	0,1	6,1				
1989	9,5	5,8	7,3	1,5	1,8	5,6				
Sieben größte Länder⁴										
1965–69 Durchschnitt		2,6	8,1	5,4						
1969–82 Durchschnitt		7,7	11,6	3,7						
1982–89 Durchschnitt		0,6	5,2	4,5						
1987		-0,2	3,9	4,2						
1988		-0,3	5,1	5,5						
1989		1,5	5,2	3,7						

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Deutschland: Bergbau und verarbeitendes Gewerbe; Italien: Industrie ohne Bau. ² Die Veränderung der relativen ULC ist gleich der Veränderung der inländischen ULC abzüglich der Veränderung der ausländischen ULC zuzüglich der Veränderung des nominalen effektiven Wechselkurses. ³ Effektivverdiene in der Gesamtwirtschaft. ⁴ Berechnet unter Verwendung von BIP-Gewichten und Wechselkursen von 1987.

Quellen: Angaben der einzelnen Länder; OECD; eigene Schätzungen.

die Unternehmen in der Lage und bereit sein werden, Kostensteigerungen für eine begrenzte Zeit aufzufangen, so ist doch langfristig Preisstabilität letztlich daran geknüpft, daß die Entlohnung je Beschäftigten im großen und ganzen im Ausmaß der Produktivität steigt.

Zu den positiven Merkmalen des Aufschwungs der Jahre 1982–89 gehörten die teilweise Erholung des Produktivitätswachstums im verarbeitenden Gewerbe auf durchschnittlich 4,5% pro Jahr und der starke Rückgang der Lohnzuwachsrate. Beide Entwicklungen zusammen ließen die Lohnstückkostensteigerungen in den vergangenen sieben Jahren im Durchschnitt auf eine Jahresrate von weniger als 1% im verarbeitenden Gewerbe der großen Industrieländer zurückgehen, was mithalf, die Basis für eine lange Periode wirtschaftlicher Expansion bei gleichzeitig moderatem Preisauftrieb zu legen. Zurückhaltung bei den Löhnen war ein wesentlicher Teil des „desinflationären“ Prozesses zu Beginn und Mitte der achtziger Jahre, und die maßvolle Reallohnentwicklung in den meisten Ländern hielt trotz aufkommender Anspannungen am Arbeitsmarkt an. Der verhaltenere Anstieg der Löhne hatte mehrere Ursachen, darunter die gemäßigtere Haltung der

Seit Anfang der achtziger Jahre verbessertes Produktivitäts- wachstum

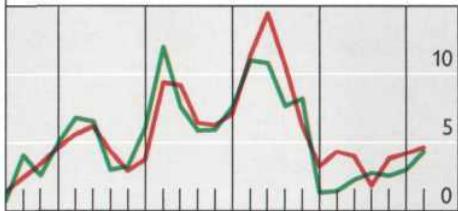
Lohnzurückhal- tung trug auch zur Inflationseindämmung bei

Basisinflation und Lohnstückkosten

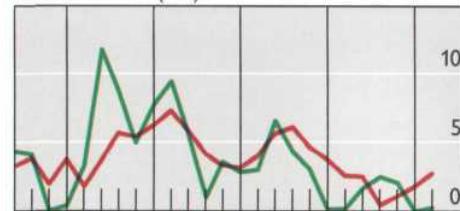
Jährliche Veränderung in Prozent

- Verbraucherpreise (ohne Nahrungsmittel und Energie)
- Lohnstückkosten¹

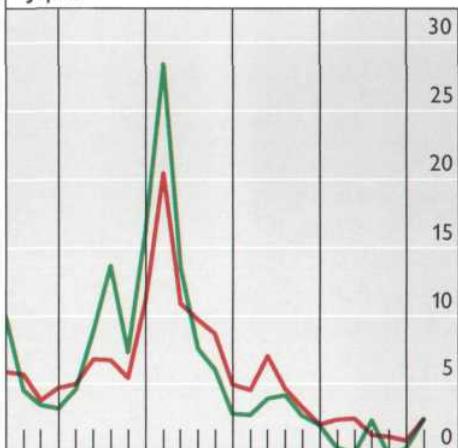
USA



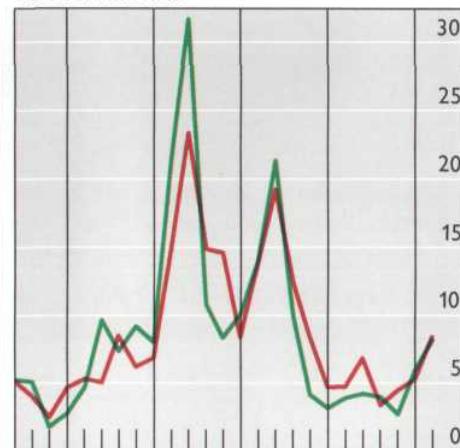
Deutschland (BR)



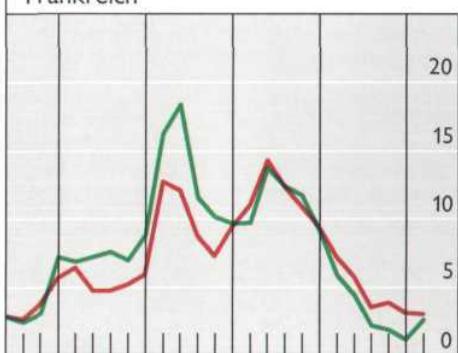
Japan



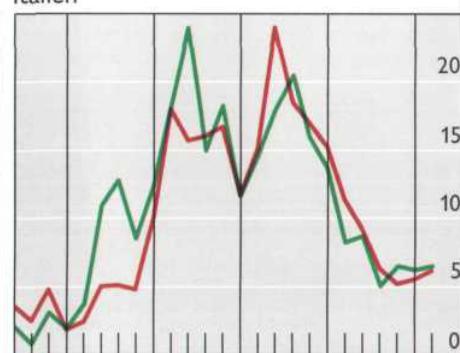
Großbritannien



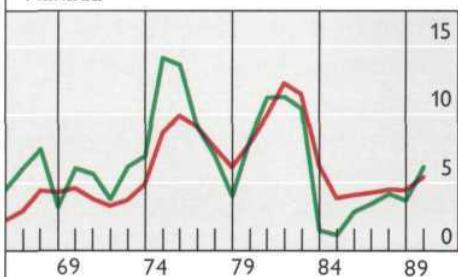
Frankreich



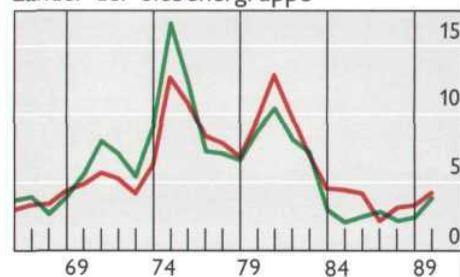
Italien



Kanada



Länder der Siebenergruppe²



¹ Verhältnis der Entlohnung je Beschäftigten zum Ausstoß je Arbeitskraft in der Gesamtwirtschaft.

² Gewogene Durchschnitte berechnet unter Verwendung der Gewichte der privaten Verbrauchsausgaben und der Wechselkurse von 1987.

Quellen: OECD; Angaben der einzelnen Länder.

Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen nach der schweren Rezession Anfang der achtziger Jahre und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern, insbesondere in Europa. Zudem war der Rückgang der Reallöhne in einigen Ländern wie den USA auf Arbeitsplätze konzentriert, die eine geringe Qualifikation erfordern, was vielleicht mit der stärkeren internationalen Konkurrenz aus den jungen Industrie- und den Entwicklungsländern zusammenhang. Hochqualifizierte und gut ausgebildete Arbeitnehmer schnitten besser ab.

Der jüngste Anstieg der Inflation könnte auf die Lohnforderungen durchschlagen

Die Erosion der Kaufkraft der Löhne durch Preissteigerungen, die in einigen Fällen sogar zu einem absoluten Rückgang der Reallöhne führten, war eine Hauptursache für Arbeitsmarktkonflikte in der Vergangenheit. Das während des gegenwärtigen Aufschwungs relativ stabile Preisniveau hat sich dämpfend auf die Nominallohnforderungen ausgewirkt, doch könnte sich dies angesichts des 1988/89 wieder stärkeren Auftriebs ändern. Steigen die Inflationserwartungen, so tun es die Lohnforderungen womöglich noch mehr, um die zunehmende Ungewißheit über das reale Ergebnis der Lohnabschlüsse abzudecken. Auch eine niedrigere Arbeitslosigkeit begünstigt höhere Lohnforderungen.

Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Lohnsteigerungen

Es wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, empirisch herauszufinden, bei welchem Niveau der Arbeitslosigkeit die Lohnzuwächse stabil gehalten werden können. Dieses Niveau wird als „non-accelerating-wages rate of unemployment“ (NAWRU) bezeichnet. Die NAWRU selbst ist nicht stabil im Zeitverlauf. Zu den institutionellen Merkmalen des Arbeitsmarktes, die Einfluß auf die NAWRU haben, gehören die Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung, die Quote der Langzeitarbeitslosen, die regionale und sektorale Verteilung der Arbeitslosigkeit und der Grad der Zentralisierung der Lohnverhandlungen. In den Vereinigten Staaten gibt es Hinweise dafür, daß die NAWRU in den siebziger Jahren teilweise aufgrund einer veränderten Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung und teilweise wegen der Verlangsamung des Produktivitätswachstums stieg. Die Arbeitnehmer waren anfänglich kaum bereit, Lohnabschlüsse von weniger als „3% plus Ausgleich für den Anstieg der Lebenshaltungskosten“, die in den sechziger Jahren angesichts der erzielten Produktivitätsgewinne zur Norm geworden waren, zu akzeptieren. Eine allmähliche Wahrnehmung der sich verändernden wirtschaftlichen Lage und wieder höhere Produktivitätsgewinne ließen dann offensichtlich die NAWRU in den USA seit Mitte der achtziger Jahre erneut zurückgehen.

In Europa herrscht die Auffassung vor, daß der gemessen an den frühen siebziger Jahren hohe Stand der Arbeitslosigkeit weitgehend das Ergebnis eines strukturellen Auseinanderklaffens von Angebot und Nachfrage bei qualifizierten Arbeitskräften verschiedener Kategorien ist. Nicht nur neue Technologien führten zu höheren Anforderungen an die berufliche Qualifikation; hinzu kam die verstärkte internationale Konkurrenz aus Niedriglohnländern, welche die relative Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften in Europa steigen ließ. Dieser Wandel trug zusammen mit der verglichen mit früheren Perioden und anderen Regionen der Welt geringen und starren Lohndifferenzierung zwischen den einzelnen Regionen und Tätigkeiten zu der Erhöhung des durchschnittlichen Niveaus der Arbeitslosigkeit bei. Hinzu

kommt, daß einkommenspolitische Maßnahmen, gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne, die Finanzierungserfordernisse der Sozialversicherung und die Aktivitäten der Gewerkschaften die Lohnunterschiede seit den frühen siebziger Jahren verringert haben.

Jedenfalls zeigen die meisten Schätzungen, daß die NAWRU seit den frühen siebziger Jahren allgemein und insbesondere auf dem europäischen Kontinent gestiegen ist und daß die derzeitige Arbeitslosigkeit in vielen Ländern in der Nähe oder sogar unter dem NAWRU-Niveau liegen könnte. Dies lenkt den Blick auf den verstärkten Preis- und Lohnkostenanstieg im letzten Jahr und verdeutlicht die Schwierigkeit, einem weiteren Kostendruck zu begegnen oder vorzubeugen und gleichzeitig das kräftige Wirtschaftswachstum fortzusetzen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Kostenentwicklung auf den Arbeitsmärkten ist, inwieweit hier Abweichungen zwischen den einzelnen Ländern bestehen und wie sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit berühren. In fünf der sieben großen Industrieländer verstärkten Wechselkursveränderungen 1989 die auf nationalen Unterschieden der Entwicklung von Lohnkosten und Produktivität beruhenden Divergenzen in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Das läßt sich aus der Tabelle auf den Seiten 32/33 durch einen Vergleich der Veränderung der inländischen und der ausländischen Lohnstückkosten (in Landeswährung) mit der in der ersten Spalte angegebenen Veränderung der relativen Lohnstückkosten entnehmen. Dies hat bei einigen Beobachtern Zweifel geweckt, ob die Devisenmärkte einen wirksamen Mechanismus zur Anpassung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte bieten. Japan beispielsweise verzeichnete 1989 einen Rückgang der Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe um 0,5%, während seine Handelspartner im Durchschnitt einen Anstieg um mehr als 3% registrierten. Trotz dieser Divergenz sank der gewogene Außenwert des Yen um mehr als 5% und war damit die wichtigste Einzelkomponente für die starke Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Japans (um fast 9%). Diese Zweifel verstärken sich noch angesichts der weiteren Kursabschwächung des Yen in diesem Frühjahr trotz hoher außenwirtschaftlicher Überschüsse und einer strafferen Geldpolitik.

Über längere Zeitabschnitte gesehen haben allerdings die Wechselkursveränderungen im allgemeinen die unterschiedliche Lohnkostenentwicklung zwischen den einzelnen Ländern angeglichen oder umgekehrt. In den Perioden 1969–82 und 1982–89, als die Wechselkursschwankungen beträchtlich waren, folgten die Wechselkursbewegungen der Währungen diesem Verlaufsmuster in allen großen Industrieländern mit Ausnahme der USA. Der gewogene Außenwert des US-Dollars sank im Durchschnitt in diesem Zeitraum, obwohl die Lohnstückkosten in den Vereinigten Staaten etwas schwächer stiegen als in vielen anderen Ländern, was teilweise mit strukturellen Faktoren zusammenhangt. Der allgemeine Trend in den großen Industrieländern ging indes in den siebziger und achtziger Jahren dahin, daß der Außenwert der Währung in Ländern mit vergleichsweise hohen Lohnstückkostensteigerungen (Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada) sank und in Ländern mit einer niedrigen Erhöhung der Lohnstückkosten (Deutschland

Inflationäre
Lohnkosten-
steigerung

Unterschiede
der Lohnstück-
kosten durch
Wechselkurse
verstärkt

Der starke Rückgang des realen Wachstums in Asien ...

... beruht hauptsächlich auf Entwicklungen in China und Indien ...

und Japan) stieg. So ist der Tabelle zu entnehmen, daß der relativ geringe Lohnstückkostenanstieg in Japan in den Perioden 1969–82 und 1982–89 durch die Höherbewertung des Yen überkompensiert wurde, was eine Verschlechterung der so gemessenen internationalen Wettbewerbsposition Japans nach sich zog.

Entwicklungsländer

Produktion und Realeinkommenswachstum

Die Entwicklung der Produktion und der Realeinkommen in den Entwicklungsländern wies im letzten Jahr zwei charakteristische Merkmale auf (s. die Tabelle auf S. 38): Erstens schwächte sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion gegenüber 1988 ab, doch war dies gänzlich der konjunkturellen Abkühlung in den asiatischen Ländern zuzuschreiben. Zweitens waren die außenwirtschaftlichen Faktoren angesichts steigender Zinsen auf den internationalen Finanzmärkten und einer geringeren Zunahme der Exportvolumen (s. die Tabelle auf S. 39) im allgemeinen weniger günstig als 1988. Hinzu kam, daß die günstigen Veränderungen im realen Austauschverhältnis großenteils den ölexportierenden Ländern zugute kamen, während die Exporteure von anderen Rohstoffen eine Verschlechterung und die Exporteure von Industriegütern lediglich einen kleinen Gewinn in den Terms of trade verzeichneten. Die Verlangsamung der realen Ausweitung der Ausfuhren war besonders ausgeprägt im Nahen Osten und in Lateinamerika, während die afrikanischen Länder die kräftigsten realen Zuwächse seit 1984 erlebten.

Die Verlangsamung des Wachstums des realen Sozialprodukts in Asien, der ersten seit 1985, war durch die Entwicklungen in China und Indien bestimmt, auf die mehr als 80% des gesamten Rückgangs entfielen. Nach einem Wirtschaftswachstum, das in den vorangegangenen fünf Jahren durchschnittlich mehr als 11% betrug, und angesichts eines zunehmenden Preisauftriebs und eines sich ausweitenden außenwirtschaftlichen Defizits dämpfte die chinesische Regierung die Kreditausweitung und erhöhte die Zinsen auf real über 10%. Die Folge war eine sich abschwächende private Nachfrage und ein auf 4% reduziertes Sozialproduktswachstum, wobei die konjunkturelle Verlangsamung besonders die privaten Unternehmen auf dem Lande erfaßte und sich auch in der Zahl der unbeschäftigte und unterbeschäftigte Werktätigen niederschlug, deren Anteil an der Erwerbsbevölkerung auf schätzungsweise 13½% stieg. Zu Beginn dieses Jahres kam es dann jedoch zu einer Lockerung der Austeritätspolitik namentlich für die Agrarindustrie. In Indien war die letztjährige Entwicklung vornehmlich durch das schwächere industrielle Wachstum geprägt, während in der Landwirtschaft ein neuer Produktionsrekord erzielt wurde. Der Inflationsdruck ließ jedoch nicht nach, und das Haushaltsdefizit lag mit 8½% des Bruttosozialprodukts um 50% über den Erwartungen. Überdies stieg die Auslandsverschuldung in Relation zum Bruttosozialprodukt trotz einer kräftigen Zunahme der Exporte auf fast 25%, verglichen mit nur 12% im Jahr 1980.

Ein zweites Zentrum der konjunkturellen Abkühlung in Asien waren die

Wachstum des BIP in den Entwicklungsländern

Land/ Ländergruppe	BIP von 1987 in Mrd. US-\$	1978–84 Durch- schnitt	1985	1986	1987	1988	1989	Pro Kopf 1980–89 Durch- schnitt
			Veränderung in Prozent					
Afrika	224	3,4	3,9	2,3	0,9	3,3	3,2	-0,2
Nigeria	24	-1,8	7,9	3,2	1,8	4,2	4,0	-3,0
Länder südlich der Sahara	112	2,3	2,8	2,3	0,7	2,6	3,0	-0,4
Naher Osten	465	1,8	-1,2	-0,2	0,0	1,1	2,0	-2,3
Ägypten	33	7,3	6,7	2,7	2,5	5,9	5,0	3,8
Asien	1 138	6,2	6,2	6,9	8,3	9,4	5,2	5,3
China	297	8,3	13,1	8,3	10,6	11,2	3,9	7,7
Indien	256	3,8	5,1	4,0	3,6	10,4	4,5	3,3
Indonesien	65	6,2	2,5	5,9	4,8	5,7	6,2	2,7
Thailand	47	5,8	3,5	4,5	8,0	13,2	11,0	5,0
Junge Industrie- länder	293	7,4	3,7	10,6	12,1	9,2	6,3	6,9
Lateinamerika	788	2,0	4,1	4,5	3,1	0,4	0,7	-0,5
Brasilien	315	2,4	8,3	7,6	3,6	0,0	3,6	-0,0
Mexiko	140	4,1	2,7	-3,8	1,5	1,1	3,0	-1,0
Argentinien	77	0,3	-4,4	5,5	1,9	-3,1	-5,5	-2,9
Chile	17	2,2	2,4	5,7	5,7	7,4	9,3	0,9
Peru	44	0,6	1,9	9,5	6,9	-8,8	-12,2	-3,6
Venezuela	48	-1,2	1,3	6,8	3,0	5,7	-8,1	-2,6
Entwicklungs- länder insgesamt*	2 615	3,9	4,1	4,6	4,5	4,7	3,2	1,8

* Berechnet unter Verwendung der BIP-Gewichte und Wechselkurse von 1987.

Quellen: IMF, World Economic Outlook; UN, Commission for Latin America and the Caribbean; Angaben der einzelnen Länder.

jungen Industrieländer, wobei die Abschwächung des Produktionswachstums überwiegend der Entwicklung in Südkorea zuzuschreiben war. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ging infolge eines Anstiegs der Nominallöhne um 21%, kürzerer Arbeitszeit und einer sich aufwertenden Währung stark zurück, und der reale Außenbeitrag zum Produktionswachstum verschlechterte sich auf $-6\frac{1}{2}\%$. Gleichwohl übertraf die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts wegen der vom privaten Verbrauch und den Unternehmensinvestitionen getragenen dynamischen Inlandsnachfrage mit $6\frac{1}{2}\%$ den asiatischen Durchschnittswert, lag jedoch weit unterhalb der in den vorangegangenen drei Jahren erzielten Rate von $11\frac{1}{2}\%$. Eine schwächere Ausweitung der Exporte sorgte auch in Singapur und Hongkong für eine gewisse Abkühlung der Konjunktur. In Taiwan war die Veränderung des Außenbeitrags im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr ein negativer Faktor für das Wirtschaftswachstum. Wegen der Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Sparquote auf $31\frac{1}{2}\%$ (womit sie noch immer eine der höchsten in der Welt ist) stieg

... und in den
jungen Industrie-
ländern

Außenwirtschaftliche Einflüsse auf die Produktion								
Region	Terms of trade				Exportvolumen			
	1981–86 Durch- schnitt	1987	1988	1989	1981–86 Durch- schnitt	1987	1988	1989
	Veränderung in Prozent							
Afrika	– 7,8	2,1	– 5,5	– 0,7	3,5	0,2	2,1	6,1
Naher Osten	– 13,0	8,6	– 19,2	8,0	– 5,7	3,1	15,3	7,0
Asien	0,1	2,8	0,8	1,1	8,3	19,9	13,0	10,0
Lateinamerika	– 4,7	– 2,0	– 2,2	1,3	2,5	7,8	10,4	2,9
Entwicklungs- länder								
insgesamt*	– 3,8	3,0	– 3,9	2,3	4,2	13,0	12,0	7,9

* Berechnet unter Verwendung der Exportgewichte und Wechselkurse von 1987.

Quellen: IMF, World Economic Outlook; UN, Economic Commission for Latin America and the Caribbean.

jedoch der Verbrauch kräftig. Da auch die Anlageinvestitionen expandierten, erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt mit 7½% etwas stärker als 1988. Gleichzeitig verzeichnete Indonesien aufgrund der starken Inlandsnachfrage in den jungen Industrieländern, der markanten Zunahme ausländischer Direktinvestitionen und einer anhaltenden Expansion außerhalb der Ölindustrie das zweite Jahr eines Wachstums von nahezu 6%, und in Thailand erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten aufeinanderfolgenden Jahr stark, und zwar um rund 11%, wodurch frühere, niedrigere Schätzungen des Produktionspotentials widerlegt wurden, gleichzeitig aber Engpässe am Markt für qualifizierte Arbeitskräfte entstanden.

Anhaltende Stagnation in Lateinamerika

In Lateinamerika nahm das Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt etwas stärker zu als 1988, was jedoch nicht ausreichte, einen weiteren Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens auf ein Niveau zu verhindern, das 8% unter dem vorherigen Höchststand von 1980 lag. Am ausgeprägtesten war der Rückgang in den Ländern, die eine Hyperinflation aufweisen (Argentinien und Peru) oder gerade Antiinflationsprogramme durchführen. Was die letztgenannte Gruppe anbelangt, so war die Abwärtsbewegung besonders ausgeprägt in Venezuela, das sich genötigt sah, seine frühere Politik der Stützung der Inlandsnachfrage durch Einsatz seiner Devisenreserven bei gleichzeitigem Festzurren des Wechselkurses auf einem untragbaren Niveau aufzugeben. In Brasilien zog die Produktion trotz eines sich stark beschleunigenden Preisauftriebs etwas an. Zum Teil war dies das Ergebnis vorgezogener Käufe in Erwartung künftiger Preissteigerungen, aber auch einiger positiver Auswirkungen des Anfang 1989 angelaufenen Stabilisierungsprogramms (des „Sommer-Plans“). Gegen Ende des letzten Jahres war die Produktion rückläufig. Demgegenüber erhöhte sich das Produktionswachstum in Mexiko im Verlauf des Jahres, da das Stabilisierungsprogramm die Zuversicht stärkte und Kapitalzuflüsse die Investitionskonjunktur anregten. In Chile übertraf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts unter dem Einfluß einer expansiven Wirtschaftspolitik und des gestärkten Vertrauens in den privaten Sektor die Rate von 9%.

Während das Wirtschaftswachstum der ölexportierenden Nahostländer durch höhere Ölpreise und eine steigende weltweite Nachfrage nach Öl angeregt wurde, hatte eine hauptsächlich auf sinkenden Preisen tropischer Erzeugnisse beruhende ungünstige Entwicklung der Terms of trade eine negative Auswirkung auf das reale Einkommenswachstum in den Ländern südlich der Sahara. Darüber hinaus bewirkte die kräftige Zunahme der Bevölkerung erneut einen Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens, und zwar unter das Niveau von Mitte der sechziger Jahre. Das letztjährige Ergebnis kann somit als die jüngste Episode einer langen Periode wirtschaftlichen Niedergangs angesehen werden, der in erster Linie Folgendem zugeschrieben werden kann: a) einer sinkenden Investitionsquote, verursacht durch hohe Kapital- und Betriebskosten und eine geringe Ersparnis und verstärkt in den achtziger Jahren durch einen Rückgang der Rentabilität von Investitionen auf den geringen Wert von 2,5% gegenüber mehr als 20% in anderen Entwicklungsländern mit ähnlichem Pro-Kopf-Einkommen; b) einem System von Anreizen, das die Landwirtschaft durch eine überbewertete Währung und Preisregulierungen benachteiligt; zusammen mit dem Fehlen eines diversifizierten Exportangebots, aber auch unter dem Einfluß schlechter, dürrebedingter Ernten hat dies zu einem niedrigen Exportwachstum und einem sinkenden Anteil am Welthandel selbst an den Märkten für andere Rohstoffe als Öl beigetragen; c) häufigen drastischen Verschlechterungen des realen Austauschverhältnisses, die zwar langfristig von geringerer quantitativer Bedeutung waren als das geringe Ausfuhrwachstum, gleichwohl aber ein Klima der Unsicherheit geschaffen haben; d) einer aufgeblähten öffentlichen Verwaltung, durch die das Preis-Lohn-Gefüge mittels Gewerbesteuern, Subventionen und bis vor kurzem hohen Realbezügen der Staatsbeamten verzerrt wurde. Überdies haben Preis- und Lohnregulierungen und ineffiziente Staatsbetriebe das wirtschaftliche Wachstum zugunsten der Städte verschoben und die Herausbildung eines „informellen Sektors“ kleinerer Unternehmen begünstigt, die besser auf Marktsignale reagieren, aber in der Hauptsache Dienstleistungen und andere nicht handelbare Güter produzieren; e) einer zunehmenden Auslandsverschuldung und einem Verhältnis des Schuldendienstes zu den Exporten von nahezu 50% (wegen Zahlungsrückständen allerdings effektiv nur rund 25%); und f) einem hohen Bevölkerungswachstum, das die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten verstärkt und die Ersparnisbildung sowie die Investitionen reduziert.

Ein leichter Aufschwung im Nahen Osten...

...aber ein trübes Bild südlich der Sahara

Inflation

Der Inflationsverlauf in den Entwicklungsländern war im vergangenen Jahr von dem Geschehen in Lateinamerika geprägt (s. die folgende Tabelle), wo in drei der größten Länder (Brasilien, Peru und Argentinien) der Anstieg der Verbraucherpreise vierstellige Raten erreichte. Mehrere Länder mit verhältnismäßig günstiger Preisentwicklung in der Vergangenheit (Venezuela, Chile und Paraguay) verzeichneten ebenfalls eine Verschlechterung an der Preisfront. Der Inflationsanstieg hatte mehrere Ursachen. In Chile bildete sich ein Nachfrageüberhang heraus, und in Venezuela war der beschleunigte Preisauftrieb auf das zuvor erwähnte Umschwenken in der Wirtschaftspolitik

Inflationsbeschleunigung in Lateinamerika ...

Inflation in den Entwicklungsländern							
Land/Ländergruppe	1978–83 Durchschnitt	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Veränderung der Verbraucherpreise in Prozent						
Afrika und Naher Osten	14,0	14,0	7,0	11,5	17,0	18,5	17,0
Ägypten	14,4	17,0	12,1	23,9	19,7	17,7	21,3
Nigeria	14,7	39,6	5,5	5,4	10,2	38,7	42,5 ¹
Asien	8,2	7,0	7,3	9,4	9,7	14,5	12,0
China	3,2	2,7	11,9	7,0	8,8	20,7	19,0
Indien	10,2	8,3	5,6	8,7	8,8	9,4	8,4
Philippinen	13,8	50,3	23,1	0,8	3,8	8,8	10,5
Südkorea	15,8	2,3	2,5	2,8	3,0	7,1	5,8
Lateinamerika	71,5	133,5	145,0	88,0	131,0	286,0	531,0
Argentinien	174,7	626,7	672,1	90,1	131,3	343,0	3 096
Brasilien	96,2	197,0	227,0	150,0	219,0	582,0	1 325
Mexiko	46,6	65,5	57,7	86,2	131,8	114,2	19,7
Peru	75,4	110,2	163,4	77,9	85,8	669,0	3 388
Entwicklungsländer insgesamt ²	29,0	47,0	48,5	33,5	48,0	97,0	170,0

¹ Geschätzt. ² Durchschnitte berechnet unter Verwendung der BIP-Gewichte und Wechselkurse von 1987.

Quellen: IMF, International Financial Statistics und World Economic Outlook; Angaben der einzelnen Länder.

zurückzuführen. In Ländern, die um die Reduzierung ihres Haushaltungleichgewichts bemüht waren, trugen höhere öffentliche Tarife und niedrigere Subventionen zu der Preisinflation bei. Der wichtigste Grund, der in den drei Ländern mit Hyperinflation besonders deutlich zutage trat, war jedoch der Verlust an Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, alte Fehler zu korrigieren und Stabilitätsprogramme durchzuführen. So zeigten starke Sprünge der Nominalzinsen und eine Ausweitung der Differenz zwischen dem amtlichen und dem inoffiziellen Wechselkurs der Währung eine Zunahme der Inflationserwartungen an.

Gleichzeitig gab es einige Länder, die beeindruckende Fortschritte bei der Eindämmung der Inflation aufwiesen. Bolivien und Ecuador gelang es, den Preisauftrieb mit Hilfe einer restriktiven Nachfragepolitik zu dämpfen. In Mexiko half die Fortführung des im Dezember 1987 in Kraft gesetzten Stabilisierungsprogramms, die Inflationsrate im letzten Jahr auf 20% zu drücken, obwohl die Mindestlöhne und die öffentlichen Tarife angehoben wurden und die Währungsbehörden es zuließen, daß der Peso gegenüber dem US-Dollar im Kurs fiel. Die neue brasilianische Regierung legte im März dieses Jahres einen Plan zur Inflationsbekämpfung vor, durch den die Inflationsspirale an der Wurzel angepackt werden soll und der als Hauptrezept einen Preis- und Lohnstopp von 30 Tagen (mit nachfolgender Überwachung), eine einschneidende Liquiditätsverknappung mittels Einfrierens der meisten Spar- und sonstigen Finanzanlagen für achtzehn Monate und verschiedene Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits enthält.

... aber Fortschritte in einzelnen Ländern

Außerhalb Lateinamerikas verstärkte sich die Inflation in Nigeria und auf den Philippinen infolge höherer Ölpreise und einer Abwertung der Währung, während die Preissteigerungsraten in Südkorea und China als Ergebnis einer restriktiveren Geldpolitik und eines verhalteneren Anstiegs der Nominallöhne zu fallen begannen.

Ressourcentransfer und Anpassungsprogramme

Eines der ernstesten Probleme, denen sich viele, wenn auch nicht alle Entwicklungsländer in den achtziger Jahren gegenübersehen, war der Rückgang der Nettokapitalzuflüsse (s. Kapitel V) bei gleichzeitig steigenden Nettozinszahlungen. In den siebziger Jahren finanzierten die meisten Entwicklungsländer ihre Ersparnislücke durch Kapitalimporte. Da dies jedoch auf Dauer unhaltbar war und die Kreditwürdigkeit dieser Länder sich verschlechterte, mußten sie korrigierende Maßnahmen zum Ausgleich ihrer Leistungsbilanzen ergreifen. Die Anpassung an diese neue Lage erforderte es, daß Strategien zur Förderung der Ausfuhren und Verringerung der Einfuhren durch Maßnahmen ergänzt wurden, welche die gesamtwirtschaftliche Ersparnis im Verhältnis zu den Investitionen anregen sollten. Hinzu kam, daß die steigenden Kosten des Schuldendienstes den Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors anwachsen ließen, da auf den Staat oder die öffentlichen Unternehmen ein großer Teil der Auslandsverbindlichkeiten entfiel. Deshalb war es zur Konsolidierung der Leistungsbilanz und zum Vorbeugen inflatorischer Auftriebstendenzen auch notwendig, die private Nettoersparnis zu erhöhen und das Defizit des Basishaushalts (d.h. das Defizit vor Zinszahlungen) zu senken.

Die Entwicklungsländer waren somit in den achtziger Jahren mit zwei miteinander verknüpften Transfer- oder Anpassungsproblemen konfrontiert; die folgende Tabelle illustriert, wie sich diese Probleme in drei Phasen entwickelten:

- die Jahre bis 1982, die durch zunehmende Nettozinszahlungen und sinkende, teilweise auch die Rezession in den Industrieländern widerspiegeln-de Exporte gekennzeichnet waren. Binnenwirtschaftlich führte der Anstieg der Nettozinszahlungen zu höheren Staatsdefiziten, und die gesamtwirtschaftliche Ersparnis nahm stark ab, obwohl sich der Finanzierungssaldo des privaten Sektors etwas verbesserte;
- eine zweite Phase bis 1986/87, als die Leistungsbilanz allmählich einem Gleichgewicht angenähert wurde, allerdings hauptsächlich durch eine Verrin-gerung der Einfuhren. Binnenwirtschaftlich ging die Rückführung der Importe mit einer geringeren Sachkapitalbildung einher, während die Verbesserung der Finanzierungssalden auf den privaten Sektor beschränkt war; in der Tat war der Finanzierungsbedarf des zentralen öffentlichen Haushalts 1987 höher als 1982;
- die jüngste Phase, die durch höhere Ausfuhren, aber eine noch stärkere Zunahme der Einfuhren (mit dem Ergebnis eines größeren Leistungsbilanzde-fizits) geprägt war. Die Verschlechterung in der Leistungsbilanz war nicht auf höhere Investitionen, sondern auf die niedrigere gesamtwirtschaftliche Erspar-nis zurückzuführen, wobei der öffentliche Finanzierungsbedarf weiter zunahm.

Externe und interne Transferprobleme

Entwicklung seit 1980 ...

... in allen Entwicklungsländern ...

**Nettoressourcentransfers und Veränderung
der Finanzierungssalden**

Ländergruppe/Jahr	Ex	Im	Int	BoP	I	S	$S_p - I_p$	$S_g - I_g$
	in Prozent des BSP/BIP							
Entwicklungsländer insgesamt ¹								
1980	19,9	20,6	-2,3	-3,0	26,6	23,6	-0,5	- 2,5
1982	19,2	20,4	-3,3	-4,5	24,5	20,0	0,5	- 5,0
1986	18,8	18,2	-3,0	-2,4	23,9	21,5	3,6	- 6,0
1987	20,3	18,4	-2,7	-0,8	24,7	23,9	5,3	- 6,1
1988	19,6	17,9	-2,7	-1,0	25,1	24,1	5,1	- 6,1
1989	21,1	20,0	-2,8	-1,7	24,2	22,5	5,4	- 7,1
Lateinamerika								
1980	17,9	18,8	-3,5	-4,4	23,4	19,0	-2,2	- 2,2
1984	20,7	15,4	-5,5	-0,2	16,6	16,4	4,7	- 4,9
1987	16,4	14,0	-3,8	-1,4	19,8	18,4	7,9	- 9,3
1988	15,7	13,1	-3,8	-1,2	20,8	19,6	8,1	- 9,3
1989	17,2	14,6	-3,9	-1,3	19,6	18,3	11,5	-12,8
Asien								
1980	25,8	26,6	-1,2	-2,0	29,0	27,0	1,3	- 3,3
1982	27,1	27,5	-1,7	-2,1	27,1	25,0	2,1	- 4,2
1986	32,0	29,5	-2,0	0,5	29,0	29,5	4,4	- 3,9
1987	37,1	33,0	-1,8	2,3	29,2	31,5	5,9	- 3,6
1988	38,6	36,0	-1,7	0,9	29,2	30,1	4,4	- 3,5
1989	41,0	39,1	-1,7	0,2	28,7	28,9	3,7	- 3,5
Afrika südlich der Sahara ²								
1980	29,7	36,0	-2,2	-8,5	19,8	11,3	-1,0	- 7,5
1981	27,9	34,9	-2,8	-9,8	20,9	11,1	-2,9	- 6,9
1985	28,2	28,9	-2,9	-3,6	18,4	14,8	1,7	- 5,3
1988	26,2	31,0	-2,5	-7,3	18,0	10,7	-0,7	- 6,6
1989	29,1	33,2	-3,0	-7,1	17,6	10,5	-0,8	- 6,3

Anmerkung: Berechnet unter Verwendung der folgenden, in Prozent des BSP/BIP ausgedrückten Identitätsgleichung aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

$$Ex - Im - Int \equiv BoP \equiv S - I \equiv (S_p - I_p) + (S_g - I_g),$$

wobei Ex = Export von Waren und Dienstleistungen, Int = Nettozinszahlungen, BoP = Leistungsbilanzsaldo, S = gesamtwirtschaftliche Ersparnis, I = gesamtwirtschaftliche Investitionen, $(S_g - I_g)$ = Nettokreditgewährung des Zentralhaushalts sind. Um die Konsistenz zu gewährleisten, werden Im = Import von Waren und Dienstleistungen gemessen als Ex-Int-BoP und $(S_p - I_p)$ = Nettokreditgewährung des privaten Sektors als BoP- $(S_g - I_g)$.

¹ Weltbankdefinition ohne europäische Länder. ² Ohne Nigeria.

Quellen: World Bank, World Debt Tables; IMF, World Economic Outlook.

... in Lateinamerika ...

Ein Blick auf einzelne Regionen zeigt, daß sich Lateinamerika dem steilsten Anstieg der Nettozinszahlungen gegenüber sah, die 1984 im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt 5½% erreichten und damit um 2 Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert von 1980 lagen. Mit Hilfe einschneidender Importkürzungen und einer leichten Ausweitung der Ausfuhren war dann jedoch das Leistungsbilanzdefizit fast verschwunden. Auf der binnengesetzlichen Seite stieg der Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors, und die gesamtwirtschaftliche Ersparnis ging zurück, wodurch eine geringere Sachkapitalbildung der wichtigste inländische Gegenposten zur Verringerung

des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts war. Die nächsten fünf Jahre waren eine Zeit der Stagnation oder sogar der Verschlechterung auf der außenwirtschaftlichen Seite, während im Inland die Investitions- und die gesamtwirtschaftliche Sparquote auf ein Niveau von 19–20% des Bruttosozialprodukts zurückkehrten, was ausreichen könnte, um eine jährliche Ausweitung der Produktion um etwa 4% zu gewährleisten. Der öffentliche Finanzierungsbedarf ist indes auf fast 13% des Bruttosozialprodukts gestiegen, und ein zunehmender Teil wird im Inland zu sehr kurzen Laufzeiten finanziert, was die Inflation anheizt. Die Einfuhren haben sich stabilisiert, die Ausfuhren abgeschwächt, und dies hat den Rückgang der Nettozinszahlungen aufgewogen, der zudem teilweise das Ergebnis wachsender Zahlungsrückstände und/oder von Umschuldungen war.

In Asien war die Verschlechterung der Leistungsbilanz in der Anfangsphase gering und beruhte hauptsächlich auf höheren Einfuhren. Im Zeitraum 1982–86 kehrte sich der Leistungsbilanzsaldo aufgrund einer kräftigen Ausweitung der Exporte in einen Überschuß. Auch dank einer höheren gesamtwirtschaftlichen Ersparnis – vornehmlich im privaten Sektor – vermochten die asiatischen Länder die Investitionen auszuweiten und die Kapazitäten für eine weitere Expansion zu schaffen. Auch in der jüngsten Phase nahmen die Exporte kräftig zu, wurden jedoch von den Importen übertroffen, nachdem in einer Reihe von Ländern das von den Exporten gestützte Wachstum einem von der Inlandsnachfrage getragenen Wachstum wich. Diese Entwicklung schlug sich auch in einer leichten Abschwächung der privaten und der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis nieder, während der Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors bei 3,5% des Bruttosozialprodukts gehalten wurde.

... in Asien ...

Kennzeichnend für die Entwicklung in Afrika südlich der Sahara war der fehlgeschlagene Versuch, eine innenwirtschaftliche Anpassung herbeizuführen, die die Anfangserfolge an der außenwirtschaftlichen Flanke konsolidieren würde. Das Leistungsbilanzdefizit sank zwischen 1981 und 1985 um beachtliche 6% des Bruttoinlandsprodukts. Erreicht wurde dies jedoch unter den Bedingungen eines schwachen Produktionswachstums und vornehmlich durch Dämpfung der Importe und Investitionen. Das Fehlen einer tiefgreifenden inländischen Anpassung trat in den Jahren 1985–89 zutage, als sowohl der öffentliche wie der private Finanzierungssaldo zurückgingen und die gesamtwirtschaftliche Ersparnis auf nur noch 10½% des Bruttosozialprodukts fiel. Die Einfuhren begannen in dieser Zeit zu steigen, doch schlug sich in dieser Zunahme angesichts stagnierender Investitionen hauptsächlich das Unvermögen nieder, die Produktion so zu steigern, daß damit der laufende Konsumbedarf gedeckt werden konnte.

... und in Afrika südlich der Sahara

Anpassungsmuster und Länderbeispiele

Die Unterschiede bei den oben erörterten externen und internen Veränderungen lassen sich auch in der Weise darstellen, daß man die Schuldnerländer nach vier Anpassungsmustern gruppiert.

Typische Fälle

Eine erste Gruppe ist dadurch charakterisiert, daß sie Schwierigkeiten beim Ausgleich der Leistungsbilanz und bei der Begrenzung des Defizits im

a) weder außen-
noch binnenvirt-
schaftliche
Anpassung

öffentlichen Haushalt hat. Viele Länder südlich der Sahara gehören in diese Gruppe, wobei die außen- und binnenvirtschaftlichen Ungleichgewichte, wie oben erwähnt, auf das niedrige Produktionswachstum und die sinkenden Spar- und Investitionsquoten zurückgeführt werden können, wohingegen die Inflationsrate in den meisten Fällen verhältnismäßig moderat war. Diese Gruppe schließt auch Länder wie Peru und Argentinien ein, wo die Fehlanpassung am deutlichsten in einem Teufelskreis von sich beschleunigender Inflation und einem sinkenden Realwachstum zum Ausdruck kommt. Die zunehmende monetäre Finanzierung des Defizits des öffentlichen Sektors war eine Hauptursache der Inflation und führte gemeinsam mit Bestrebungen, feste Paritäten aufrechtzuerhalten, zu einer realen Höherbewertung der heimischen Währung. Letztlich waren die Behörden dann gezwungen, die Währung abzuwerten, was wiederum eine neue Runde von Preis- und Lohnsteigerungen auslöste. Bei solchen Verhältnissen vermindern sich die Anreize zu sparen und zu investieren tendenziell, was weitere negative Folgen für das reale Wirtschaftswachstum hat.

b) außenwirt-
schaftliche, aber
keine binnenvirt-
schaftliche
Anpassung

Einer zweiten Gruppe, zu der eine Anzahl lateinamerikanischer Länder gehört, ist es gelungen, die Leistungsbilanz in den Griff zu bekommen, doch gelang es ihr nicht, den Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors einzudämmen. Die meisten Länder dieser Gruppe drosselten ihre Einfuhren über niedrigere Investitionen und sahen sich einem starken Inflationsdruck ausgesetzt, nachdem ein wachsender Anteil des öffentlichen Finanzierungsbedarfs durch Geldschöpfung gedeckt wurde. Brasilien ist ein typischer Vertreter dieser zweiten Gruppe: Ein hoher Handelsbilanzüberschuß deckt den Nettozinsaufwand, ganz im Gegensatz zu der Situation vor Ausbruch der Schuldenkrise (s. die Grafik auf S. 46). Diese Verbesserung kam indes hauptsächlich dadurch zustande, daß die Einfuhren – teils durch administrative Kontrollen – auf rund die Hälfte ihres vorherigen Niveaus gedrückt wurden. Auch die Zinsrückstände sind angewachsen, während der Anteil der Exporte an der gesamten Erzeugung nur geringfügig höher liegt als Anfang der achtziger Jahre. Auf der binnenvirtschaftlichen Seite hat sich die private Nettoersparnis erhöht, hauptsächlich jedoch infolge niedrigerer Investitionen. Das Defizit des öffentlichen Sektors hat etwa denselben Umfang wie 1980–82, wobei ein wachsender Anteil der öffentlichen Verschuldung im Inland zu immer kürzeren Laufzeiten erfolgte. Infolgedessen stieg der Kreditbedarf unter Einbeziehung der Refinanzierung der öffentlichen Verbindlichkeiten von rund 12% des Bruttosozialprodukts zu Beginn der achtziger Jahre auf fast 50% im Jahr 1988.

Auch die Philippinen gehören zu dieser zweiten Ländergruppe, wenngleich die Entwicklung dort von jener in Brasilien abwich. Der Anteil der Exporte hat stetig zugenommen, und der Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors blieb in der Regel unter 5% des Bruttosozialprodukts. Die Investitionsquote verringerte sich jedoch von 1981 bis 1985 um mehr als die Hälfte, und auch die gesamtwirtschaftliche Ersparnis ging zurück.

Eine dritte Gruppe, die einige asiatische und lateinamerikanische Länder umfaßt, bekam die öffentlichen Finanzen in den Griff, hat jedoch Schwierigkeiten, außenwirtschaftlich das Gleichgewicht zu finden. Die äußeren

Nettoressourcentransfer und Finanzierungssalden*

In Prozent des BSP/BIP

Linke Skala:

Exporte
Importe

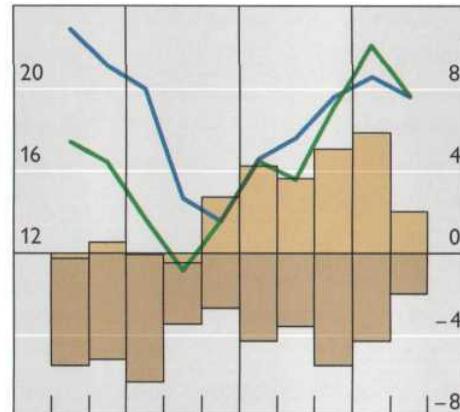
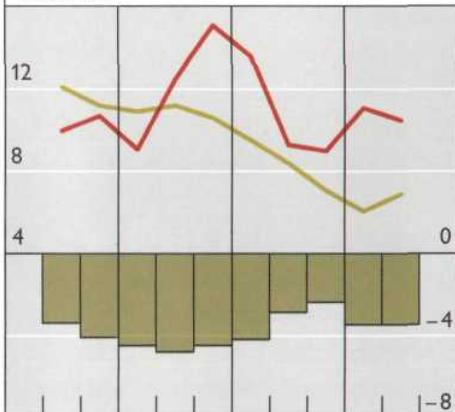
Bruttoersparnis
Bruttoinvestitionen

Rechte Skala:

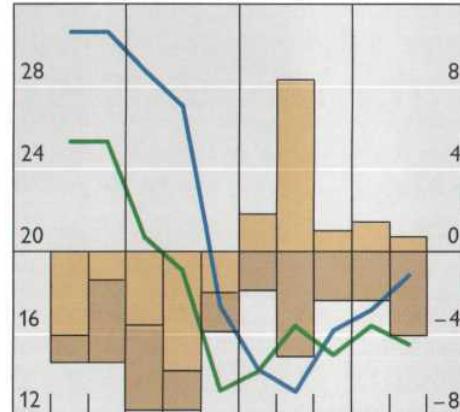
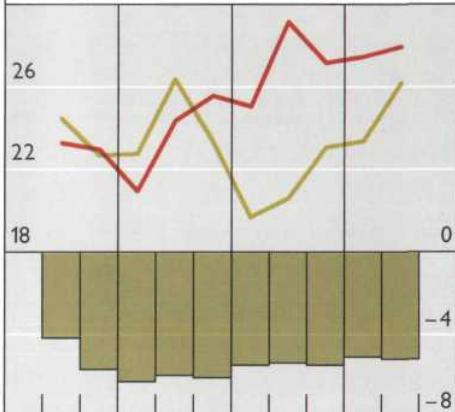
Nettokapitalerträge

private Nettokreditvergabe
öffentliche Nettokreditvergabe

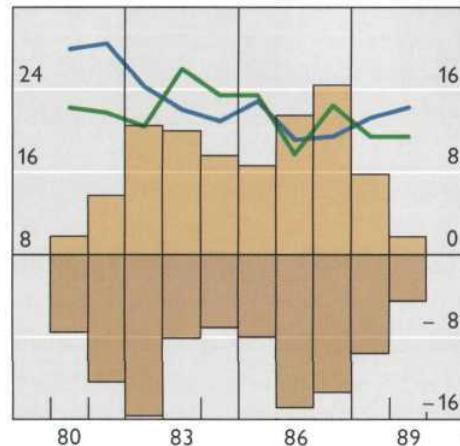
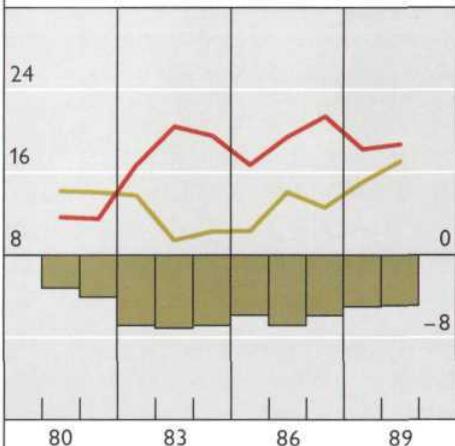
Brasilien

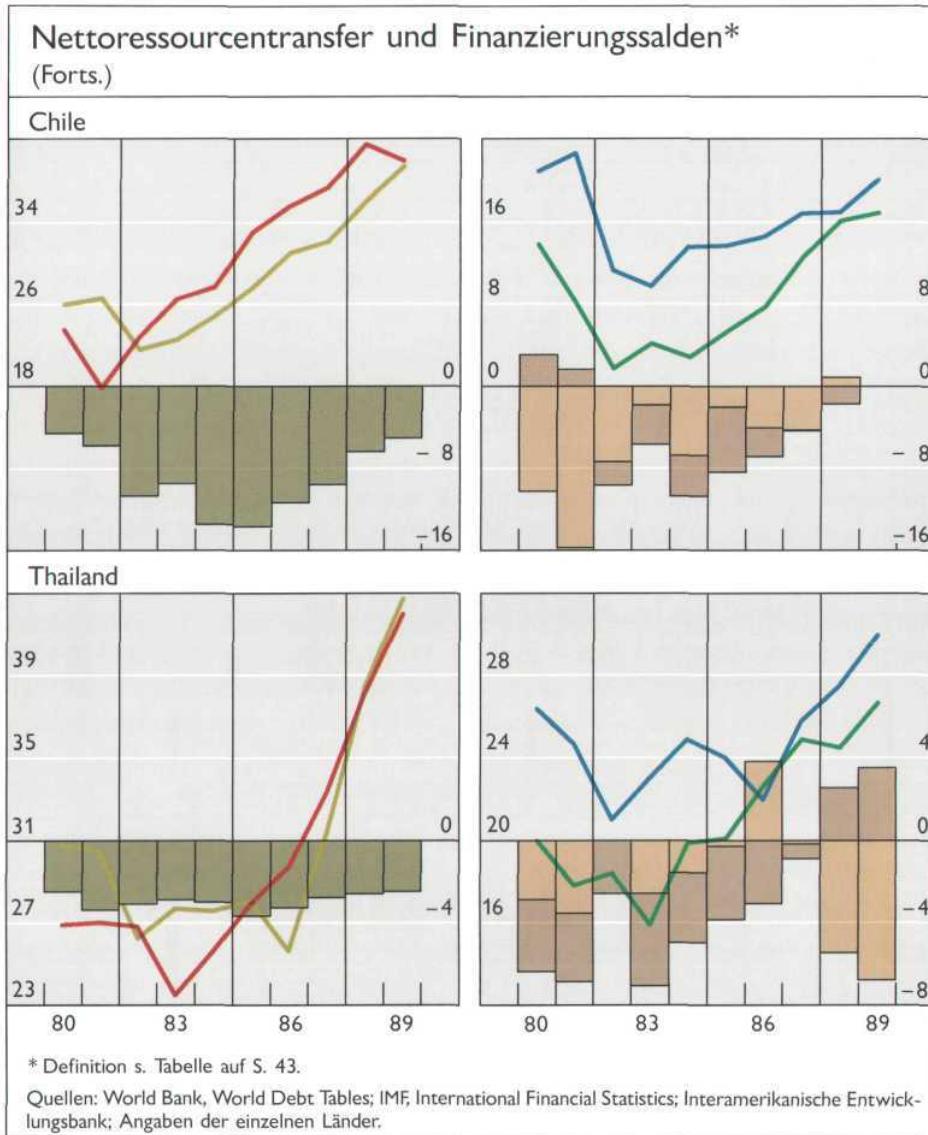


Philippinen



Mexiko





c) binnennirtschaftliche Anpassung aber prekäre Außenbilanz

Probleme sind gewöhnlich das Ergebnis unzureichender Produktionskapazitäten als Folge früherer Kürzungen bei der Sachkapitalbildung und/oder von Maßnahmen zur Wechselkursstabilisierung auf einem unrealistisch hohen Niveau als Mittel der Inflationseindämmung. Dieser Fall trifft auf Mexiko zu, wo als anfängliche Reaktion auf die Schuldenkrise der Handelsbilanzüberschuß aufgrund höherer Ausfuhren und rückläufiger Einfuhren stark anstieg. Seitdem hat sich die Handelsbilanzsituation wieder verschlechtert. Eine Ursache hierfür war natürlich der Rückgang der Einnahmen aus der Ölproduktion, doch wurden überdies die Importe liberalisiert, und die Bemühungen um eine Stabilisierung des nominalen Wechselkurses als Teil eines umfassenden einkommenspolitischen Abkommens gingen mit einem gewissen Anstieg des realen Außenwerts einher. Es gibt auch Anzeichen, daß die binnennirtschaftliche Anpassung noch nicht gesichert ist. Die gesamtwirtschaftliche Ersparnis hat nicht ausreichend zugenommen, um den Anstieg der Nettozinszahlungen auszugleichen; freilich dürfte dies teilweise mit dem Rückgang des realen

Pro-Kopf-Einkommens (um 15% seit 1981) zusammenhängen. Trotz einer restriktiveren Finanzpolitik und eines Überschusses im Basishaushalt liegt der Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors noch immer bei fast 6% des Bruttosozialprodukts, nachdem Bestrebungen, die Kapitalflucht durch eine Erhöhung der Realzinsen umzukehren, auch den Zinsendienst auf die gegenüber Inländern bestehende Staatsschuld hat steigen lassen.

Chile kann auch zu dieser Gruppe gezählt werden, wenngleich die Anpassung erheblich von jener in den anderen lateinamerikanischen Ländern abweicht. Die Exportquote ging zu Beginn der achtziger Jahre stark zurück, hat sich inzwischen jedoch wieder erhöht, wenn auch nicht ausreichend, um die Nettozinszahlungen abzudecken. Die binnenwirtschaftliche Anpassung ist eindeutig von dem starken Rückgang der Realeinkommen zu Beginn der achtziger Jahre geprägt, als die gesamtwirtschaftliche Sparquote auf unter 2% fiel. Obwohl sie danach wieder anstieg, ist die Ersparnis nach wie vor gemessen am Investitionsbedarf niedrig, und jüngste Trends legen den Schluß nahe, daß die Produktionskapazitätsverluste von Anfang der achtziger Jahre noch nicht wieder wettgemacht wurden.

Eine vierte Gruppe schließlich, die hauptsächlich aus asiatischen Ländern besteht, erwirtschaftete einen genügend hohen Handelsbilanzüberschuß, um die Nettozinszahlungen zu finanzieren, erhöhte die gesamtwirtschaftliche Ersparnis und verhinderte eine Zunahme des öffentlichen Finanzierungsbedarfs. Diese Länder verließen sich gewöhnlich auf ein exportinduziertes Wirtschaftswachstum und hielten die Inflation auf einem niedrigen Niveau. *Thailand* kann zu dieser Gruppe gezählt werden; die dort gemachten Erfahrungen zeigen, wie eine rechtzeitige Anpassung Maßnahmen erübrigen kann, die unmittelbar auf die Deckung des Devisenbedarfs gerichtet sind und hohe soziale Kosten verursachen. In den frühen achtziger Jahren wurde eine relativ hohe Sachkapitalbildung aufrechterhalten, und eine stabilitätsorientierte Geldpolitik half, die Inflation niedrig zu halten und die Wettbewerbsposition zu verbessern. Ferner trug die Finanzpolitik zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis bei. In der Leistungsbilanz, die 1986 annähernd ausgeglichen war, ist in letzter Zeit eine Verschlechterung eingetreten, und obwohl das Defizit problemlos durch ausländische Direktinvestitionen finanziert werden konnte, könnte ein Anstieg der privaten Sparquote gleichwohl erforderlich sein.

d) außen- und
binnenwirtschaft-
liche Anpassung

In mehreren der oben erörterten Fälle können die Transferprobleme auf Faktoren zurückgeführt werden, auf welche die betreffenden Länder kaum Einfluß haben. Typisch war indes, daß Erfolg oder Mißerfolg bei dem Versuch einer reibungslosen Anpassung weniger von der Stärke des ursprünglichen Schocks als von der eingeschlagenen Politik abhing. So vermochten die Länder, die rasch reagierten und auf exportfördernde Maßnahmen vertrauten, aus ihren Schulden- und Transferproblemen „herauszuwachsen“. Dagegen verschlimmerten sich in den Ländern, die Anpassungsmaßnahmen unterließen, sowohl die äußeren als auch die inneren Probleme tendenziell im Zeitverlauf.

Osteuropäische Volkswirtschaften: der Prozeß der Wirtschaftsreform

Eine allgemeine
Hinwendung zur
Marktwirtschaft

Alle osteuropäischen Länder durchlaufen gegenwärtig einen radikalen Wandel, der jeden Aspekt des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens erfaßt. Die meisten dieser Länder sind nunmehr zur Abkehr vom sozialistischen Wirtschaftssystem und zur Einführung der Marktwirtschaft nach dem Vorbild der westlichen Industrieländer entschlossen. Zwar unterscheiden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Reformstrategien erheblich von Land zu Land, doch ist ihnen allen das Erbe der zentralen Planung gemeinsam, weshalb sie sich mit denselben fundamentalen Fragen und Herausforderungen auseinanderzusetzen haben.

In diesem Abschnitt des Berichts sollen diese Fragen und Herausforderungen in einem allgemeinen Zusammenhang erörtert werden, wobei sowohl einige Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa als auch die Ordnung und die Strukturen, wie sie sich in diesen Ländern unter dem System zentraler Planung herausgebildet haben, angesprochen werden. Ohne einen solchen Überblick wäre es schwierig, die ungeheure Komplexität der sich diesen Ländern stellenden Aufgabe zu verstehen, die nicht nur eine Reform des Wirtschaftssystems, sondern auch eine Veränderung der Sichtweisen und des wirtschaftlichen Verhaltens beinhaltet.

Das zweifache Problem von Angebotsineffizienz und makroökonomischen Ungleichgewichten

Statistische und
konzeptionelle
Unterschiede ...

Eine Analyse der Wirtschaftsentwicklung in den osteuropäischen Ländern wird durch zwei Umstände erschwert. Erstens bestehen zahlreiche statistische Probleme aufgrund fehlender Daten und der Verwendung statistischer Konzepte, die mit denen der westlichen Länder nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Zweitens gibt es in einer zentralen Planwirtschaft, in der die Preise reguliert sind, die Vollbeschäftigung garantiert ist und die außenwirtschaftlichen Transaktionen staatlich gelenkt werden, keine „sichtbaren“ statistischen Hinweise auf gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte. Statt dessen spiegeln sich die Ungleichgewichte in Erscheinungen wie Angebotsmängeln und Schlangestehen sowie Schwarzmärkten für Devisen und hochwertige Importgüter wider, die sich gewöhnlich einer genauen statistischen Erfassung entziehen.

... erschweren
den wirtschaft-
lichen Ost-West-
Vergleich

In den meisten osteuropäischen Ländern vermitteln denn auch die verfügbaren amtlichen Statistiken kein wirklichkeitsnahes Bild der wirtschaftlichen Lage. Insbesondere die volkswirtschaftlichen Gesamtdaten zum Produktionswachstum erklären kaum die Mängel beim Warenangebot und das Gefälle im Lebensstandard gegenüber den westlichen Industrieländern. Zwar hat sich das Produktionswachstum in den letzten Jahren deutlich verlangsamt, doch ist den Angaben zufolge die zusammengefaßte Erzeugung aller osteuropäischen Staaten zwischen 1960 und 1989 im Jahresdurchschnitt um 5% gestiegen, verglichen mit einer Rate von nur 3,3% für die Länder der Europäischen Gemeinschaft (s. die Tabelle auf S. 50). Über einen längeren Zeitraum gesehen ist die Divergenz sogar noch auffallender. So ist in der

Bundesrepublik Deutschland das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung oder der Produktion wichtiger, direkt vergleichbarer Sektoren seit 1950, als das Pro-Kopf-Einkommen in der Deutschen Demokratischen Republik nur um 20% unter dem der Bundesrepublik gelegen haben dürfte, viel schwächer gewesen als das für die DDR ausgewiesene Wachstum. Demgegenüber deuten einige Verbrauchsindikatoren darauf hin, daß sich der relative Lebensstandard, besonders wenn man die erheblichen Qualitätsunterschiede berücksichtigt, in die entgegengesetzte Richtung entwickelt haben muß (s. die gegenüberstehende Tabelle).

Ausgewiesenes Produktionswachstum in Ost- und Westeuropa						
Position	1960–70	1970–75	1975–80	1980–85	1985–89	1960–89
	Jahresrate in Prozent					
Produktionswachstum: [*]						
Osteuropa	6,8	6,1	4,3	2,8	2,6	5,0
Europäische Gemeinschaft	4,8	2,9	2,9	1,5	3,1	3,3

* Materielle Produktion (netto) für Osteuropa (Bulgarien, DDR, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn) und BSP/BIP für die zwölf Länder der Europäischen Gemeinschaft.

Quellen: UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE); Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche; Europäische Gemeinschaft.

Es gibt mehrere Gründe, weshalb die Produktionsmeßwerte in Osteuropa die realwirtschaftliche Entwicklung tendenziell überzeichnen. Das im System zentraler Planwirtschaft verwendete Konzept der materiellen Nettoproduktion gibt nur den Wert der physischen Produktion und der mit der Auslieferung der Waren verbundenen Dienstleistungen an. Nicht enthalten sind in ihm die „nichtmateriellen“ Dienstleistungen etwa des Gesundheits- und Bildungswesens oder des Bankgewerbes, die Teil des Bruttoinlandsprodukts sind, jedoch in Osteuropa vergleichsweise unterentwickelt blieben. Noch wichtiger ist, daß die Ermittlung der Produktion auch durch das verzerrte Preisgefüge stark beeinträchtigt wird. Für neue Produkte, insbesondere langlebige Gebrauchsgüter, deren Herstellung verhältnismäßig stark wächst, werden in Osteuropa vergleichsweise hohe Preise festgesetzt, weshalb sie mit einem hohen Gewicht in die Produktionsindizes eingehen. Gleichzeitig gibt es in den osteuropäischen Betrieben die weitverbreitete Praxis, ein bereits vorhandenes Produkt geringfügig abzuwandeln, um so den Preis anheben zu können. Dies ist ein bequemer Weg, den Wert der Produktion zu erhöhen und das Plansoll zu erfüllen, ohne die Produktion ausweiten oder deren Qualität verbessern zu müssen. Da die Preisänderungen weder im Index der Verbraucherpreise noch im Produktionsdeflator berücksichtigt werden, führt die Substitution alter durch neue Produkte zu einer Überzeichnung des Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung.

In der Tat deuten mehrere Faktoren darauf hin, daß die Produktion in Osteuropa viel weniger effizient ist als die der westlichen Industrieländer. Beispielsweise zeigen die verfügbaren Daten, daß die Vorratsinvestitionen in den osteuropäischen Ländern sich während der achtziger Jahre auf durch-

Gründe für die Überzeichnung des Wachstums ...

... und Indizien für Angebotsineffizienz

Ausgewiesene Wirtschaftsindikatoren der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik		
Position	Bundesrepublik Deutschland	Deutsche Demokratische Republik
Pro-Kopf-Einkommen 1950 (in nationaler Währung):	2 100	1 675
Durchschnittliches jährliches Produktionswachstum 1950–88 (in Prozent):		
BSP/Materielle Produktion (netto)	5,0	5,9
Landwirtschaft	1,8	2,2
Baugewerbe	3,4	7,0
Energiewirtschaft und Bergbau	2,5	7,3
Verarbeitendes Gewerbe	5,1	
Kennziffern des Lebensstandards (1988):		
Personenwagen ¹	97	52
Farbfernseher ¹	94	52
Telefon ¹	98	16
Wohnraum ²	33	27

¹ In Prozent der privaten Haushalte. ² Quadratmeter pro Person.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik.

schnittlich 2–3% der Jahresproduktion beliefen, was ein sehr viel höherer Prozentsatz als in den Marktwirtschaften ist; die Anlageinvestitionen, die einen größeren Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion als in den westlichen Ländern ausmachen, werden offenbar in wenig produktive Bereiche fehlgeleitet – ein Eindruck, der durch die enttäuschenden Ergebnisse der in den siebziger Jahren von einer Reihe von Ländern unternommenen und mit Hartwährung finanzierten Investitionen bestätigt wird; zudem scheint der Energieverbrauch je Einwohner erheblich über dem im Westen zu liegen, was auf sehr viel energieintensivere Produktionsverfahren hindeutet.

Die Angebotsseite als Schwachstelle der osteuropäischen Volkswirtschaften findet auch in deren Außenhandel ihren Niederschlag. Die Exporte von Industrieerzeugnissen aus diesen Ländern in konvertibler Währung expandierten zwischen 1981 und 1987 um 16% und damit weniger als halb so kräftig wie der Welthandel mit Industriegütern im selben Zeitraum. Diese Entwicklung ist um so auffallender, als die wachsenden Schuldenprobleme mehrerer Länder in diesem Zeitraum hätten erwarten lassen, daß sie die Planer dazu bewegten, Ressourcen in den Exportsektor umzuleiten.

Mangelnde Flexibilität auf der Angebotsseite ist die Hauptursache des niedrigen Lebensstandards und der zunehmenden makroökonomischen Ungleichgewichte. In einer Marktwirtschaft werden derartige Ungleichgewichte durch die Preis-, Zins-, Beschäftigungs- und Zahlungsbilanzentwicklungen offengelegt, die ihrerseits ausgleichende Anpassungen bei Nachfrage und Angebot auslösen. Ein solcher Mechanismus existiert in einem zentral geplanten System nicht, bei dem sich das Ungleichgewicht in erster Linie auf dem Markt für Verbrauchsgüter bildet, da der Staatsverbrauch und der Großteil der Investitionsausgaben vom Plan gelenkt werden. Auf das

Sparguthaben und Löhne in Ost- und Westeuropa						
Land	1973			1988		
	Spargut-haben je Ein-wohner ¹	Durch-schnitt-licher Monats-lohn ¹	Ver-hältnis	Spargut-haben je Ein-wohner ¹	Durch-schnitt-licher Monats-lohn ¹	Ver-hältnis
Bulgarien	700	140	5	1900 ²	235 ²	8 ²
DDR	3930	835	4½	9090	1280	7
Polen	6100	2800	2	96800	51800	2
Rumänien	1700	1390	1	7300 ³	2860 ³	2½ ³
Sowjetunion	275	135	2	1040	215	5
Tschechoslowakei	6650	2160	3	17000	3050	5½
Ungarn	5940	2510	2½	31900	8800	3½
Deutschland (BR)	6830	1560	4½	20120	3170	6½
Frankreich	8620	2140	4	47300	9790	5
Großbritannien	940 ⁴	260 ⁴	3½ ⁴	4940	820	6
Italien	921580	206220	4½	9004500	1815000	5
Spanien	69100	17350	4	751820	135200	5½

¹ In Einheiten der jeweiligen Landeswährung. ² 1987. ³ 1986. ⁴ 1975.
Quellen: UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE); Angaben der einzelnen Länder.

Auseinanderklaffen von Nachfrage und Angebot an den Verbrauchsgütermärkten wurde häufig nur langsam oder überhaupt nicht reagiert, was einerseits zu Kreditvergaben und wachsenden Subventionszahlungen an unrentable Betriebe und andererseits zu zunehmenden Lagerbeständen unverkaufter Produkte, der Ausbreitung von Schwarzmärkten und dem Aufbau eines Nachfrageüberhangs in Gestalt eines „unfreiwilligen“ Haltens von Bargeld und Spareinlagen führte.

Wenn es auch schwierig ist, das Ausmaß und die Schwere des makroökonomischen Ungleichgewichts in den osteuropäischen Staaten genau abzuschätzen, so bestehen doch kaum Zweifel, daß sich in den meisten Ländern aufgrund fehlender finanzieller Kontrolle auf einzel- und gesamtwirtschaftlicher Ebene ein Geldüberhang herausgebildet hat. Der Eindruck, daß vielfach ein Nachfrageüberschuß besteht, wird beispielsweise durch die starken Preissteigerungen nach der Liberalisierung der Märkte erhärtet. In Ungarn, wo die Preisreform schrittweise durchgeführt wurde, hat sich die Inflation von 5,3% im Jahr 1986 auf 17% im Jahr 1989 beschleunigt, und in Polen, wo die Liberalisierung eher abrupt erfolgte, ist es in den letzten Monaten des Jahres 1989 zu einer Hyperinflation gekommen.

Anhand der folgenden Tabelle, in der die Sparguthaben je Einwohner zu den durchschnittlichen Monatslöhnen ins Verhältnis gesetzt werden, wird versucht, einen ungefähren Eindruck von dem Kaufkraftpotential zu geben, das sich in den Händen der Bevölkerung der einzelnen osteuropäischen Länder angehäuft hat. Etwas überraschend ist vielleicht, daß diese Guthaben außer im Falle Bulgariens und der Deutschen Demokratischen Republik nicht außergewöhnlich hoch erscheinen, wenn man sie mit den Ersparnissen der privaten Haushalte in den westeuropäischen Ländern vergleicht. Um die

Makroökonomische Ungleichgewichte spiegeln sich in ...

... einem Geldüberhang ...

Leistungsbilanzsaldo und Auslandsverschuldung in konvertibler Währung (Schätzung)											
Land/Ländergruppe	Leistungsbilanzsaldo							Auslandsverschuldung			
	1970–75	1976–80	1981–85	1986	1987	1988	1989	1980	1985	1988	1989
	Milliarden US-Dollar										
Bulgarien	– 1,1	1,1	2,4	–0,9	0,0	–0,7	–0,8	3,5	4,0	7,7	10,8
DDR ¹	– 2,6	– 6,3	3,7	0,8	0,7	0,6	–0,2	14,4	13,2	19,8	20,6
Polen ²	– 6,4	–15,3	– 7,3	–0,6	–0,4	–0,6	–1,8	24,1	29,3	39,2	41,4
Rumänien	– 1,5	– 5,3	3,1	1,3	1,9	2,2	2,0	9,6	6,6	2,9	0,3
Sowjetunion	– 0,8	6,9	14,9	1,0	4,0	3,1	–1,0	27,5	25,2	46,8	49,2
Tschechoslowakei	– 0,9	– 2,7	1,8	0,2	–0,3	–0,4	–0,3	4,9	4,6	6,7	7,9
Ungarn	– 1,4	– 3,6	– 0,7	–1,4	–0,9	–0,8	–1,4	9,1	14,0	19,6	20,2
Osteuropa	–14,7	–25,2	17,9	0,4	5,0	3,4	–3,5	93,1	96,9	142,7	150,4
Europäische Gemeinschaft ³	6,3	–40,0	– 4,0	51,5	34,9	16,1	2,4

¹ Einschl. der Transaktionen mit der Bundesrepublik Deutschland. ² Die Leistungsbilanzschätzungen beziehen die fälligen, aber nicht notwendigerweise gezahlten Zinsbeträge ein. So beliefen sich die effektiv gezahlten Zinsen in dem Dreijahreszeitraum von 1987 bis 1989 kumuliert auf \$ 3 Mrd., während die Zinsrückstände und Zinsnachlässe rund \$ 6½ Mrd. ausmachten. ³ Die gegenwärtigen zwölf Mitgliedsländer.

Quellen: IWF; UN; OECD; Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche; Angaben der einzelnen Länder.

potentiell überschüssige Nachfrage abschätzen zu können, müssen jedoch mehrere Faktoren berücksichtigt werden. Ein erheblicher Teil der gesamten liquiden Geldbestände dürfte in Form von Bargeld gehalten werden; es sind jedoch nicht für alle Länder Zahlen über die Bargeldbestände in der Hand Privater verfügbar. Überdies sind die dem Sparverhalten zugrundeliegenden Motive von entscheidender Bedeutung. Einerseits muß die Höhe der Sparguthaben dann, wenn sie im wesentlichen auf das Fehlen alternativer Geldanlagen zurückzuführen ist, nicht unbedingt auf das Bestehen eines Geldüberhangs in Osteuropa hindeuten. Andererseits sind die Guthaben, da die Verzinsung der Spareinlagen gewöhnlich sehr niedrig ist, womöglich nicht das Ergebnis einer rationalen Entscheidung zwischen gegenwärtigem und zukünftigem Konsum, sondern lediglich ein Reflex des knappen Warenangebots. In diesem Fall ist daran zu zweifeln, daß hohe Sparguthaben aufrechterhalten werden, wenn erst einmal das Warenangebot nicht mehr durch Preiskontrollen zurückgehalten wird.

Schließlich deuten auch die schwache außenwirtschaftliche Position und die hohe Auslandsverschuldung der meisten osteuropäischen Länder auf bestehende Ungleichgewichte hin. Zumeist sind allerdings die in konvertibler Währung entstandenen Leistungsbilanzdefizite großenteils auf gezielt hohe Einfuhren von Ausrüstungsgütern zurückzuführen, mit denen der industrielle Sektor modernisiert werden sollte, und können deshalb nicht als Überschwappen eines Nachfrageüberschusses in die Zahlungsbilanz gewertet werden.

Die Hauptmerkmale einer Zentralverwaltungswirtschaft

In der unmittelbaren Nachkriegsperiode führten alle osteuropäischen Staaten Systeme der Zentralverwaltung nach sowjetischem Muster ein. Bis vor

... und einer schwachen Außenposition und in der Auslandsverschuldung wider

kurzem bewegten sich die Volkswirtschaften trotz der in der Vergangenheit unternommenen Reformversuche weitgehend im Rahmen des ursprünglichen Modells.

Die wichtigsten Merkmale einer Zentralverwaltungswirtschaft sind der Staatsbesitz am größten Teil der Produktionsmittel und die Tatsache, daß die Entscheidungen über die Produktion, die Aufteilung des Sozialprodukts zwischen Konsum und Investitionen und den Einsatz der Produktionsmittel im Rahmen eines umfassenden Plans getroffen werden. Der Plan wird auf der Basis von Direktiven über die Zuteilung der Produktionsmittel umgesetzt, d.h. durch ein System des „materiellen Ausgleichs“, in dem die Produktionsmittel aufgrund des zur Erfüllung des Produktionsziels geschätzten Bedarfs zur Verfügung gestellt werden. Der Plan ist daher sowohl ein Dokument, das die wirtschaftspolitischen Ziele der Behörden darlegt, als auch ein Instrument zu deren Verwirklichung.

Die Betonung des materiellen Ausgleichs hat zwei bedeutende Auswirkungen. Erstens besteht weder Bedarf für einen Mechanismus des Ausgleichs zwischen der Nachfrage nach und dem Angebot an Produktionsmitteln im Herstellungsprozeß noch für Informationen zur Ermittlung der Opportunitätskosten der Produktion. Preise müssen nicht zur Markträumung führen und werden daher behördlich festgelegt, über lange Zeiträume unverändert belassen und haben eigentlich nur buchhalterische Funktionen. Zweitens stellt Geld kein eindeutiges Anrecht auf reale Güter dar. Während den physischen Bewegungen von Waren und Dienstleistungen gegenläufige Zahlungen durch das Bankensystem entsprechen, dürfen diese Finanztransaktionen die Planerfüllung nicht beeinträchtigen. Angehäufte finanzielle Forderungen können die Unternehmen nicht frei zur Beschaffung von Produktionsmitteln verwenden (diese sind nur aufgrund einer Ermächtigung der Planungsbehörden verfügbar), und umgekehrt stellen finanzielle Defizite kein Hindernis für die im Plan vorgesehene Versorgung mit Produktionsmitteln dar.

Das Planungsprinzip stößt jedoch bei der Verteilung der Waren und Dienstleistungen an den privaten Haushaltssektor an seine praktischen Grenzen. Daher stützen sich alle Zentralverwaltungswirtschaften bei der Verteilung der Verbrauchsgüter in einem gewissen Ausmaß auf den Marktmechanismus, wobei versucht wird, das gesamtwirtschaftliche Marktgleichgewicht dadurch zu erreichen, daß das geplante Verbrauchsgüterangebot zu administrativ festgelegten Preisen und die Summe der im Plan vorgesehenen Lohn- und Transferzahlungen aufeinander abgestimmt werden.

Die Durchführung eines Systems zentraler Planung erfordert zur Festlegung und Umsetzung des Planes auf allen Produktionsebenen umfassende administrative Vorkehrungen. Dieses Erfordernis trägt zum Aufbau einer großen, machtvollen Bürokratie bei, in welcher die Verantwortung für die Wirtschaftslenkung innerhalb einer hierarchischen Struktur, bestehend aus Staatsplanungskommission, Fachministerien und Staatsbetrieben, aufgeteilt wird. Grundsätzlich sind Entscheidungen über die Zuteilung der Produktionsmittel stark zentralisiert. Doch haben die Unternehmen aufgrund der bei der Aufstellung des Planes notwendigen Beachtung von technischen Produktionsmöglichkeiten durch das Aushandeln von spezifischen Ausstoßmengen, Pro-

Die zentrale
Rolle des
Plans ...

... und die Aus-
wirkungen auf
Preise und Geld

Die zentrale
Planung
erfordert eine
ausufernde
Bürokratie ...

duktionsmittelzuteilungen und der für Gehaltszahlungen gewährten Beträge erheblichen Raum zur Einflußnahme auf den Plan. Für die Unternehmen besteht ein starker Anreiz, „weiche“ Planziele auszuhandeln und Arbeitskräfte und Produktionsmittel zum Schutz gegen mögliche Versorgungsgüter zu horten. Im Gegensatz dazu haben die privaten Haushalte praktisch keinen direkten Einfluß auf den Plan. Obwohl sie in der Wahl, wie sie ihr Einkommen verwenden, frei sind, haben Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage üblicherweise keine Auswirkungen auf die den Planern vorbehaltene Zuteilung der Produktionsmittel.

... und eine
strenge
Kontrolle der
Außenwirtschaft

Zentral geplante Wirtschaften müssen sich von äußeren Einflüssen isolieren, die die Preissetzungsmöglichkeiten beschränken und die Entscheidungen der Planer durch das Öffnen alternativer Wege zur Produktionsmittelbeschaffung für Unternehmen untergraben könnten. Um den Außenhandel unter straffer Kontrolle halten zu können, ist dieser normalerweise unter der Leitung des Außenhandelsministeriums zentralisiert, das das alleinige Recht hat, die gütermäßige und geographische Zusammensetzung der Exporte und Importe zu bestimmen. Den Unternehmen und privaten Haushalten ist es nicht erlaubt, direkt mit Ausländern Handel zu treiben, und der Außenhandel wird zumeist über darauf spezialisierte Außenhandelsorganisationen abgewickelt. Die Monopolstellung des Staates wird noch durch die Inkonvertibilität der Währung und das für Unternehmen und Einzelpersonen geltende Verbot des Haltens von oder Handelns mit Fremdwährung verstärkt. Die Preise der handelbaren Güter im Ausland und im Inland werden durch verschiedene Preisausgleichsmechanismen, die zu einem weitreichenden System gespaltener Wechselkurse führen, streng getrennt gehalten.

Ein unter-
entwickelter
Finanzsektor

Infolge der beherrschenden Rolle des Planes gibt es in zentral gelenkten Wirtschaften kaum eine oder überhaupt keine Verwendung für die klassischen geld- und fiskalpolitischen Instrumente. Da die Zahlungsströme nur Plandirektiven entsprechen sollen, spielen Geld und Kredit nur eine passive Rolle. Der Finanzsektor ist nur ansatzweise vorhanden und besteht gewöhnlich aus einer Staatsbank, die sowohl als Zentralbank als auch für die Mehrzahl der Unternehmensgeschäfte als Geschäftsbank agiert, einigen Spezialbanken, die sektorspezifische Aktivitäten, darunter den Außenhandel, finanzieren, und Sparkassen, die Sammelstellen für die Geldbestände des Volkes darstellen. Das Bankensystem spielt so gut wie keine Rolle in der Intermediation zwischen Ersparnissen und Investitionen, die im wesentlichen durch eine umfangreiche Einkommensumverteilung über den Staatshaushalt erfolgt, sondern dient hauptsächlich dazu, die Einhaltung der Mengenvorgaben zu überprüfen.

Diese Beschreibung der Grundzüge einer Zentralverwaltungswirtschaft stellt unvermeidlich eine starke Vereinfachung einer in Wirklichkeit sehr komplexen Ordnung dar. Tatsächlich haben alle Länder sehr bald nach der Einführung des Planwirtschaftssystems damit begonnen, Anstrengungen zu unternehmen, um seine Starrheit zu verringern und es den sich verändernden Verhältnissen und Erfordernissen anzupassen.

Experimente mit Reformprogrammen in der Vergangenheit

Versuche, das zentrale Planungssystem zu reformieren, haben eine lange Geschichte. Anfänglich war die Verbesserung der Genauigkeit und der Effizienz der Planung das Ziel, was durch eine Stärkung der institutionellen Strukturen, durch eine genauere Definition der Aufgaben und durch eine Verfeinerung der Instrumente der administrativen Lenkung erreicht werden sollte.

Es wurde jedoch sehr bald offensichtlich, daß dieser Reformansatz wenig dazu beitragen konnte, die zunehmenden wirtschaftlichen Anspannungen zu verringern, die sich in einer Verknappung auf den Verbrauchermärkten, in schlechter Produktqualität, dem Fehlen technischen Fortschritts und der Verschwendug von Ressourcen widerspiegeln. Insbesondere zwei Überlegungen deuteten auf die Notwendigkeit größerer Flexibilität hin: Erstens wurde erkannt, daß die Behörden nie ausreichend Informationen haben können, um alle notwendigen mikroökonomischen Entscheidungen zu treffen. Daher müßten die Unternehmen direkter in die Erstellung und Ausführung des Planes eingebunden werden. Zweitens müßten die Manager für eine effiziente Planung und Verwendung der vorhandenen Ressourcen mehr Verfügungsgewalt und Verantwortung erhalten, und ihre Entscheidungen müßten die von den Signalen des Marktes herrührenden Informationen berücksichtigen.

Diese Überlegungen waren die Basis verschiedener Reformprogramme, die einige Elemente einer Marktwirtschaft in das System der zentralen Planung einbauten. So wurden den Unternehmen mehr Autonomie gegeben, das Preissystem überarbeitet und Wechselkurse vereinheitlicht, das Konzept der Rentabilität eingeführt und, am allerwichtigsten, die mengenmäßige Zuteilung der Produktionsmittel abgeschafft und durch ein auf der Verwendung von Steuern und Subventionen basierendes System der indirekten Wirtschaftslenkung ersetzt.

Alle osteuropäischen Länder haben mit diesen marktwirtschaftlichen Elementen experimentiert, doch waren Ausmaß und Zeitpunkt der Reformen und die Umstände, unter denen sie durchgeführt wurden, sehr unterschiedlich. Was die höhere wirtschaftliche Effizienz betrifft, waren die Reformen in der Praxis weniger erfolgreich, und einige dürften sogar die bestehenden makroökonomischen Ungleichgewichte verschärft haben. Rückblickend kann das Scheitern der Reformversuche auf zwei Umstände zurückgeführt werden.

Erstens stellten die Reformprogramme das ideologische Postulat des Sozialismus, nämlich den Staatsbesitz an Produktionsmitteln und die vorrangige Stellung des nationalen Planes nicht in Frage. Ihr Hauptziel war es vielmehr, eine effizientere Durchführung des Planes zu sichern. Daher spielte der nationale Plan weiterhin eine zentrale Rolle in der Wirtschaftslenkung, und die Behörden griffen immer dann sofort auf Preiskontrollen, behördlich festgelegte Zinssätze und eine vorrangige Zuteilung von Krediten und Betriebsmitteln zurück, wenn es Anzeichen dafür gab, daß dezentrale Entscheidungen oder Entwicklungen auf dem Markt zu Ergebnissen zu führen

Mängel der Zentralverwaltung wurden erkannt

Reformversuche schlügen fehl, weil ...

... es ihnen nicht gelang, die zentrale Wirtschaftslenkung zu verringern ...

drohten, die mit dem Planziel unvereinbar waren. So blieb die Rolle des Marktes bei der Zuteilung der Ressourcen unklar, und die Wechselbeziehung zwischen Rentabilität, Preisen, Geld und finanziellen Beschränkungen wurde nie ausreichend anerkannt.

Der offensichtlichste Beweis für den fehlenden Willen der Behörden, die Wirtschaftslenkung aus der Hand zu geben, wurde beim Übergang von strikten quantitativen Direktiven zur Verwendung von indirekten wirtschaftspolitischen Instrumenten erbracht. Steuern und Subventionen wurden keineswegs in einer gleichmäßigen und transparenten Weise angewandt, sondern wurden in einer Weise maßgeschneidert, die es den Behörden ermöglichte, Produktionsergebnisse, Einkommen und Preise den Planvorgaben entsprechend zu gestalten. Dieser Ansatz öffnete Tür und Tor für Verhandlungen, die es den unrentablen Unternehmen ermöglichen, im Austausch gegen die Erfüllung der Wünsche der Planer um Steuernachlässe und Direktsubventionen zu feilschen. Als Folge der Möglichkeit, auf dem Verhandlungsweg mühelos finanzielle Zugeständnisse erreichen zu können, waren die Unternehmen keiner Budgetbeschränkung unterworfen, wodurch, neben dem Fehlen verlässlicher Indikatoren für den Marktwert der Produktion und der Investitionen, das Konzept der Rentabilität bedeutungslos wurde.

... und sie
institutionellen
Veränderungen
zu wenig
Aufmerksamkeit
schenkten

Zweitens schenkten die Reformen den notwendigen Änderungen der institutionellen Strukturen der Volkswirtschaft überraschend wenig Aufmerksamkeit. Sowohl die Liberalisierung des Außenhandelssektors als auch der Aufbau eines unabhängigen Finanzsektors wurden lange Zeit hindurch vernachlässigt und erst vor kurzem Bestandteil der Reformprogramme. Während hinsichtlich des Aufbrechens des Monopols der Außenhandelsorganisationen und der Erweiterung des Rechts auf Handel der einzelnen Unternehmen zuletzt bedeutende Fortschritte gemacht wurden, steckt die Reform des Finanzsystems noch in den Kinderschuhen. Aber selbst dort, wo gewisse strukturelle Änderungen vorgenommen wurden, wie z.B. in der Gestaltung des wirtschaftlichen Entscheidungsfindungsprozesses, wurden sie nicht durch institutionelle Reformen entsprechend abgestützt. Das Ausmaß und die Bedeutung der Autonomie der Unternehmen blieben unklar, nicht zuletzt deshalb, weil weder die bestehende Bürokratie abgebaut noch deren Einflussmöglichkeit bei mikroökonomischen Entscheidungen verringert wurden. Folglich gab es keine klare Abgrenzung der Verantwortung zwischen Planern und Managern. Hinzu kam, daß nur wenige Maßnahmen ergriffen wurden, um den Wettbewerb durch eine Verringerung des Monopolisierungsgrads im Industriesektor und eine Förderung des Privatsektors zu verstärken.

Die Hauptaspekte der Reform

Drei grundsätzliche Fragen

Bei dem Unterfangen, Programme zur Umwandlung ihrer Volkswirtschaften in Marktwirtschaften zu entwerfen, sehen sich die Regierungen der osteuropäischen Länder mit drei Hauptfragen konfrontiert: Was sind die Grundvoraussetzungen einer Marktwirtschaft? Welcher ist der geeignete Ansatz? Welches sind die während der Übergangszeit zu erwartenden Hauptrisiken und -probleme? Während die Antworten in Anbetracht der besonderen Umstände in jedem Land etwas unterschiedlich ausfallen können, deuten die

Erfahrungen mit Reformversuchen in der Vergangenheit und die weitreichende Gleichartigkeit der Probleme aller osteuropäischen Länder darauf hin, daß es einige für alle gültige allgemeine Grundsätze gibt.

Die *Grundvoraussetzungen*. Die erfolgreiche Umwandlung osteuropäischer, zentral geplanter Volkswirtschaften in Marktwirtschaften setzt zwei grundlegende Veränderungen voraus: die Errichtung von Märkten für Waren und Dienstleistungen, Finanzaktiva und Arbeitskräfte und die Entwicklung neuer Instrumente makroökonomischer Wirtschaftspolitik. Für beide Veränderungen sind weitreichende Strukturreformen in der Wirtschaft, dem Finanzwesen und den Institutionen jedes Landes notwendig.

Die Errichtung von Märkten legt die mikroökonomische Grundlage für eine den relativen Knappheiten und den gesellschaftlichen Prioritäten entsprechende Allokation der Ressourcen. Märkte schaffen und verbreiten Informationen über relative Preise und Kosten und liefern dadurch Entscheidungskriterien im Hinblick auf das, was produziert werden soll, welche Produktionsmittel verwendet werden sollen, wo investiert werden soll und wie wirtschaftliche Leistungen beurteilt werden sollen.

Damit Märkte diese Funktionen erfüllen können, ist es unbedingt erforderlich, daß die Marktteilnehmer in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen autonom sind, Preise die für eine Markträumung notwendige Höhe erreichen dürfen, Budgetbeschränkungen wirksam sind und daß die Märkte in einem von Wettbewerb gekennzeichneten Umfeld operieren. Diese Bedingungen setzen in der Praxis Maßnahmen auf mehreren Gebieten voraus. Zuerst müssen die osteuropäischen Länder Preis-, Lohn- und Zinskontrollen aufgeben, die Entscheidungsfindung dezentralisieren, die Eigentumsgesetze überarbeiten und die Beschränkungen für die Betätigungsmöglichkeiten des Privatsektors abschaffen. Zweitens muß der Aufbau eines Finanzmarktes als hauptsächlicher Träger der Intermediation zwischen Ersparnissen und Investitionen mit Nachdruck verfolgt werden. Das setzt wiederum voraus, daß das Recht auf Erwerb und Verkauf von Finanzaktiva verankert und ein unabhängiger Bankensektor geschaffen wird, der die Aufgabe übernimmt, die Kreditwürdigkeit von Geschäftsoperationen zu überprüfen, indem er aktiv nach Darlehensmöglichkeiten in neuen und vielversprechenden Geschäften sucht und verlustträchtigen Unternehmen Kredite verweigert. Drittens muß der rechtliche und institutionelle Rahmen im Hinblick auf die Schaffung eindeutiger Regelungen für die Abwicklung von Geschäften und die Festlegung von Mindeststandards des Konsumenten-, Sparer- und Arbeitnehmerschutzes reformiert werden. Schließlich muß noch besondere Aufmerksamkeit den Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs sowohl unter einheimischen Anbietern als auch zwischen einheimischen und ausländischen Produzenten geschenkt werden.

Um die Staatsbetriebe größerem Wettbewerb auszusetzen, ist es notwendig, die monopolistischen Strukturen aufzubrechen, die in allen osteuropäischen Staaten zur Vereinfachung des Planungsprozesses geschaffen wurden. Zusätzlich müssen die für die Betätigungsmöglichkeiten des Privatsektors und der Staatsbetriebe bestehenden Beschränkungen beseitigt werden, damit alle Unternehmen unabhängig von ihren Eigentumsverhältnissen

Schaffung von
Märkten und
indirekten wirt-
schaftspolitischen
Instrumenten

Notwendiger
Wettbewerb in
der Binnenwirt-
schaft ...

gleichberechtigt und ungehindert miteinander in Wettbewerb treten können. In diesem Zusammenhang wird es auch notwendig sein, das Problem der Eigentumsrechte zu behandeln, vor allem im Hinblick auf die Frage, wem gegenüber die Manager der Staatsbetriebe letztendlich verantwortlich sind und wie der Staat als Eigentümer der Produktionsfaktoren sicherstellen soll, daß sein Vermögen nicht vergeudet wird. Experimente mit Selbstverwaltung und Arbeiterräten haben sich als unbefriedigend erwiesen; eine Privatisierung eines großen Teils des im Staatseigentum befindlichen Sektors sollte ernsthaft überlegt werden. Die Übertragung von Staatsbetrieben in private Hände wirft jedoch sehr schwierige Fragen bezüglich des effizientesten, gerechtesten und administrativ geeignetsten Verfahrens auf. In der Praxis dürfte sie nur langsam zu erreichen sein.

... und im Außenhandel

Um die Schaffung eines von Wettbewerb geprägten Umfelds zu erleichtern, ist es unbedingt erforderlich, die heimische Wirtschaft gegenüber ausländischer Konkurrenz zu öffnen. Eine Liberalisierung des Außenhandels, die alle Importe und nicht nur komplementäre Produkte betrifft, wird viel dazu beitragen, bestehende Preisverzerrungen durch die Verknüpfung der inländischen und ausländischen Preise der handelbaren Güter zu beseitigen und eine dem komparativen Vorteil der eigenen Wirtschaft entsprechende Umschichtung der Ressourcen zu fördern. Ein freier Außenhandel setzt jedoch einen einheitlichen und realistischen Wechselkurs und eine – zumindest beschränkte – Konvertibilität der heimischen Währung voraus. Die Integration der osteuropäischen Länder in das westliche Handelssystem sollte von einer Überprüfung der für den Handel innerhalb Osteuropas geltenden Regeln begleitet sein. Zwar wird eine Anpassung der Handelsusancen, die sich unter den Regeln des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe herausgebildet haben, wahrscheinlich einige Zeit in Anspruch nehmen, doch würde die Wirksamkeit der Liberalisierungsmaßnahmen stark beeinträchtigt, sollte ein beträchtlicher Teil des Außenhandels weiterhin innerhalb des von zwischenstaatlichen Handelsabkommen bestimmten Rahmens und zu administrativ ausgehandelten Preisen abgewickelt werden. Die Öffnung der Binnenwirtschaft gegenüber ausländischer Konkurrenz bedeutet auch eine liberale Politik gegenüber ausländischen Investitionen, die durch den Zufluß von Finanzmitteln und den Import von Expertisen auf dem Gebiet der Technologie und des Managements einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Angebotsseite im Inland leisten können.

Als Folge dieser mikroökonomischen Veränderungen, durch die die Verantwortung für die Allokation der Ressourcen auf den Markt übertragen wird, werden die Behörden der Möglichkeit beraubt, makroökonomische Ungleichgewichte durch direkte Einflußnahme auf Menge und Zusammensetzung der Produktion zu korrigieren. Folglich werden sie ein neues auf Geld-, Fiskal- und Wechselkurspolitik aufbauendes System indirekter Wirtschaftslenkung entwickeln müssen. Zu diesem Zweck wird die derzeit übliche Praxis diskretionärer und stark differenzierter Steuern und Subventionen einem transparenten und zweckmäßigen System direkter und indirekter Steuern weichen müssen. Die Aufgaben der Zentralbank müssen von denen der Geschäftsbanken und anderer Finanzinstitute getrennt werden, und

sowohl die direkte Zuteilung von Krediten als auch die behördliche Festsetzung der Zinssätze müssen beseitigt und durch indirekte Instrumente der monetären Steuerung ersetzt werden, wobei die Kreditgewährung durch die Marktteilnehmer bestimmt wird.

Das Tempo der Reform. Der Übergang zur Marktwirtschaft wird unvermeidlich größere Anpassungsschocks hervorrufen. Dies spräche für einen Reformprozeß mit langsamer, stufenweiser Umstellung, der es der Wirtschaft erlaubt, sich allmählich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Doch könnte eine solche auf graduelle Änderung der Struktur der Volkswirtschaft ausgerichtete Strategie, die sich auf eine begrenzte Anzahl von Liberalisierungsmaßnahmen oder auf eine Eingrenzung der Reformen auf bestimmte Sektoren beschränkt, beträchtliche Risiken in sich bergen. Erstens läßt die Erfahrung mit Reformprogrammen in der Vergangenheit den Schluß zu, daß Teilreformen wahrscheinlich nur Teilerfolge erzielen und daß vor allem die Versuche, nur einige Marktelelemente einzuführen, nicht ausreichen, einen echten Markt zu schaffen. Ein schrittweiser Ansatz neigt dazu, die enge Verbindung zwischen Liberalisierung der Preise, Dezentralisierung der Entscheidungen, Finanzdisziplin und indirekter Wirtschaftssteuerung außer acht zu lassen. Diese Reformelemente ergänzen und verstärken einander jedoch und sind daher Teil eines einzigen Programms. Zweitens wird es nur dann möglich sein, die bürokratische Starrheit zu überwinden und die notwendigen institutionellen Reformen durchzuführen, wenn sich die Marktkräfte schnell durchsetzen können. Drittens wird die Dringlichkeit, Reformen in allen wichtigen Bereichen in Angriff zu nehmen, durch das Vorherrschen großer makroökonomischer Ungleichgewichte noch erhöht. Selbst kleine Schritte in Richtung einer Liberalisierung würden sofort größere Anpassungsprobleme schaffen, und zunehmender Widerstand gegenüber weiteren Reformschritten könnte den gesamten Reformprozeß gefährden. Aus diesen Gründen scheint es ratsamer, eine Strategie zu verfolgen, bei der der Weg zur Marktwirtschaft auf einem umfassenden Konzept beruht. Dabei sollten alle wichtigen Reformschritte unter Beachtung der dem Prozeß innewohnenden politischen und ökonomischen Risiken möglichst früh eingeleitet werden. Es sollte jedoch nicht der Versuch unternommen werden, die unvermeidlichen Friktionen während des Übergangsprozesses durch eine Unterdrückung oder ein Abschwächen der Marktsignale und damit durch eine Verlangsamung des Reformtempo zu mildern. Vielmehr sollte der Anpassungsschock durch sozialpolitische Maßnahmen abgedämpft werden, die mit der Einführung der Marktwirtschaft vereinbar sind.

Risiken und Probleme während der Übergangsperiode. Das schwerwiegendste Problem, dem die Entscheidungsträger während der ersten Phase des Reformprozesses begegnen werden, ist die Gefahr eines Produktionsrückgangs in Verbindung mit starkem inflationären Druck, und der Erfolg der Umwandlung der Wirtschaft wird weitgehend davon abhängen, wie schnell sich die Produktion erholen wird. Während in den meisten osteuropäischen Ländern relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine starke Rohstoffbasis auf langfristig günstige Wachstumsaussichten hindeuten, ist es wahrscheinlich, daß die den Reformmaßnahmen folgenden Angebotseffekte zuerst schwach

Risiken eines
graduellen
Reformansatzes

Die Gefahr eines
Produktions-
rückgangs und
starken inflatio-
nären Drucks
verdeutlicht ...

oder sogar negativ sein werden. Die Anpassung der relativen Preise wird zusammen mit höheren Zinssätzen, Subventionskürzungen und einem realistischen Wechselkurs sehr bald die ineffizienten Unternehmen bloßstellen und dazu nötigen, unrentable Betriebe umzustrukturieren oder zu schließen. Gleichzeitig wird jedoch die Einführung neuer Produktionstechniken und die Umverteilung der Arbeitskräfte nur langsam vor sich gehen, vor allem da der Übergang zu neuen Tätigkeiten durch tiefesitzende, in einem System der Zentralverwaltung geformte Lebensgewohnheiten, durch Mißtrauen gegenüber Privatinitiative und durch das Fehlen von unternehmerischen Fähigkeiten und von Know-how auf dem Gebiet der Technik und des Managements gehemmt wird. Diese binnengewirtschaftlichen Schwierigkeiten auf der Angebotsseite werden in unterschiedlichem Ausmaß durch außenwirtschaftliche Zwänge verstärkt, so daß die meisten osteuropäischen Länder wenig Spielraum haben, durch den Import ausländischer Ressourcen die Anpassungsprobleme zu mildern.

... die Notwendigkeit flankierender sozialer Maßnahmen

Strikte finanzielle Disziplin auf mikro- und makroökonomischer Ebene notwendig

Die Wahrscheinlichkeit einer Rezession in der Anfangsphase der Reform unterstreicht die Bedeutung flankierender sozialer Maßnahmen. Vorübergehende Arbeitslosigkeit und rückläufige Reallöhne sind für eine Gesellschaft schwer zu akzeptieren, in der sich die Bevölkerung über viele Jahre hinweg an Vollbeschäftigung, wirtschaftliche Absicherung und niedrige und stabile Preise für Waren und Dienstleistungen des täglichen Lebens gewöhnt hat – selbst wenn der Preis für diese soziale Absicherung wirtschaftliche Ineffizienz und niedriger Lebensstandard waren. Die Schaffung eines neuen sozialen Netzes, das eine Arbeitslosenversicherung und staatlich unterstützte Umschulungsprogramme beinhaltet, wird ein unentbehrlicher Bestandteil des Reformprozesses sein.

Das Nachhinken der Produktion im Frühstadium der Reform wird den Entscheidungsträgern kaum eine andere Wahl lassen, als eine sehr straffe Nachfragepolitik zu verfolgen. Der Hauptgrund dafür ist die sich im Gefolge der internen Preisliberalisierung ergebende Gefahr inflationären Auftriebs. Selbst wenn im Prozeß der Beseitigung bestehender Preisverzerrungen es nicht zugelassen wird, daß alle Preise sofort auf ein markträumendes Niveau ansteigen, ist es sehr unwahrscheinlich, daß Preisanpassungen ohne einen nachhaltigen Anstieg des Preisniveaus erfolgen. Diese Tendenz wird in jenen Ländern noch verstärkt werden, in denen sich als Zeichen eines Nachfrageüberschusses ein Geldüberhang herausgebildet hat. Wenn es nicht gelingt, die Preisanpassung auf eine einmalige Erhöhung des Preisniveaus zu beschränken, dann besteht die ernste Gefahr, daß eine anhaltende Inflation den Reformprozeß untergraben könnte. Ein inflationäres Umfeld verschleiert die Preissignale, führt zu übermäßigem Lohnauftrieb und neigt dazu, spekulative Aktivitäten zu fördern, indem es Ersparnisse in Auslandsaktiva, Lageraufbau und Liegenschaftserwerb umleitet.

Auf eine Eindämmung des inflationären Drucks ausgerichtete makroökonomische Maßnahmen sind jedoch nicht nur für die Entwicklung der Märkte wichtig, sondern sie stellen auch ein unverzichtbares Element dafür dar, finanzielle Disziplin auf mikroökonomischer Ebene zur Geltung zu bringen. Das Verfolgen einer ausreichend restriktiven Geld- und Fiskalpolitik

bedeutet in der Praxis die Erhaltung positiver realer Zinssätze und eine strenge Budgetkontrolle. Dadurch bleibt kein Spielraum für große Subventionszahlungen oder für neue Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen mit Finanzproblemen. Nur unter diesen Bedingungen werden Staatsbetriebe, die viele Jahre hindurch unter lockeren Budgetbeschränkungen agiert haben, das finanzielle Ergebnis als ausschlaggebendes Kriterium für die Beurteilung der Effizienz der Ressourcenverwendung akzeptieren.

Zwar wird die Verwirklichung der Marktwirtschaft in den osteuropäischen Ländern in letzter Instanz auf deren Bereitschaft und Entschlossenheit beruhen, die notwendigen Reformmaßnahmen zu ergreifen, doch werden das Tempo des Fortschritts und das Ausmaß, in dem die Anpassungsprobleme verschärft werden können, stark vom Beitrag der westlichen Länder zum Reformprozeß abhängen. Dieser Beitrag sollte hauptsächlich in zwei Formen geleistet werden. Erstens sollten parallel zur Öffnung der osteuropäischen Länder gegenüber ausländischer Konkurrenz sowohl die Handelsbeschränkungen für deren Exporte auf westliche Märkte als auch die in bezug auf den Erwerb von Hochtechnologieprodukten aus dem Westen bestehenden Beschränkungen aufgehoben werden. Die Fortführung der Handelsrestriktionen würde nicht nur die Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft stark behindern und die Liberalisierung der Binnenwirtschaften viel schwerer gestalten, sie würde auch ein ernstes Hindernis für ausländische Direktinvestitionen darstellen und den dringend notwendigen Zufluss von Know-how auf dem Gebiet der Technik und des Managements behindern. Zweitens wird in Anbetracht des erschwerten Zugangs zu ausländischen Ersparnissen und der beschränkten Möglichkeiten zur Bildung heimischer Ersparnisse der in den osteuropäischen Ländern für die Umwandlung des Industriesektors und die Erneuerung der Infrastruktur notwendige Ressourcentransfer ohne entsprechende finanzielle Unterstützung durch den Westen – über private wie öffentliche Kanäle – kaum möglich sein.

Unterstützende
Maßnahmen
durch die
westlichen
Industrieländer

Der gegenwärtige Stand der Reformen

Während die jüngsten politischen Entwicklungen im Zusammenspiel mit der sich rasch verschlechternden Wirtschaftslage dem Reformprozeß zusätzlichen Schwung verliehen haben, ist der in den einzelnen Ländern Osteuropas tatsächlich erreichte Fortschritt in bezug auf Entwürfe von Reformansätzen und Umsetzung der Reformmaßnahmen sehr unterschiedlich. Nur zwei haben bislang weitreichende Reformen unternommen und sind eindeutig auf dem Weg zur Marktwirtschaft. Anfang dieses Jahres hat Polen ein umfassendes Programm mit dem Ziel in Kraft gesetzt, das Gleichgewicht in der Binnenwirtschaft wiederherzustellen und das Wirtschaftssystem umzugestalten. Während der kurzen einleitenden Stabilisierungsphase sieht das Programm eine restriktive Nachfragepolitik, eine starke Kürzung der Preisstützungen und die Freigabe der meisten Preise, auf eine deutliche Verringerung der Reallöhne hinauslaufende Lohnbeschränkungen und den Übergang zu einer teilweisen Konvertibilität des Zloty in Verbindung mit der Liberalisierung des Außenhandels vor. In der zweiten, mehrere Jahre dauernden Phase wird die Betonung auf der Vollendung der Umstrukturierung der Wirtschaft liegen.

Weitreichende
Reformen
in Polen
und Ungarn ...

Diese wird die Beseitigung der verbleibenden Preis- und Außenhandelskontrollen, die Einführung eines neuen Steuersystems und, am allerwichtigsten, die Privatisierung der Staatsbetriebe umfassen. Anfang April gab es bereits einige erste Erfolge zu verzeichnen; der Wechselkurs wurde ohne Rückgriff auf den mit \$ 1 Mrd. dotierten Stabilisierungsfonds mehrerer westlicher Länder stabilisiert, und die Preissteigerungsrate war von einer Hyperinflation auf eine Monatsrate von 4% im März gefallen. Gleichzeitig kam es jedoch zu einem Rückgang der Produktion um real 20–30% und einer stark steigenden Arbeitslosigkeit, die an westlichen Standards gemessen freilich noch immer niedrig ist – deutliche Zeichen der kurzfristigen Anpassungskosten. Auch in Ungarn wurden während der letzten zwei Jahre Maßnahmen ergriffen, um die Flexibilität der Wirtschaft zu erhöhen; zudem wurden beträchtliche Fortschritte bei der Umwandlung der Wirtschaft erzielt. Die Preise und der Außenhandel wurden in einem beträchtlichen Ausmaß liberalisiert, das Steuersystem reformiert, ein zweistufiges Bankensystem errichtet, und derzeit werden Anstrengungen unternommen, um die Privatisierung des Staatseigentums zu beschleunigen. Die Liberalisierungsmaßnahmen waren jedoch nicht durch eine ausreichend strenge finanzielle Disziplin abgesichert, und ein zu starker Lohnauftrieb, steigende Binneninflation und ein zunehmendes Leistungsbilanzdefizit deuten auf die dringende Notwendigkeit einer restriktiven Einkommens-, Geld- und Fiskalpolitik hin.

... aber noch nicht abgeschlossene Diskussion über die Reformstrategie in anderen Ländern

In den anderen osteuropäischen Ländern ist die Diskussion über die Art und das Tempo der Reformen noch nicht abgeschlossen. In allen diesen Staaten – mit Ausnahme Rumäniens und der Deutschen Demokratischen Republik – wurde seit 1987 mit Maßnahmen experimentiert, die darauf abstellten, die Autonomie der Staatsbetriebe auszuweiten, die Beschränkungen bezüglich der Betätigungsfelder des Privatsektors zu verringern und die Rolle des Finanzsektors zu vergrößern. Doch im großen und ganzen haben diese begrenzten Reformen eher dazu beigetragen, die Lenkungsmechanismen und die Effektivität des bestehenden Wirtschaftssystems zu schwächen, ohne einen wesentlichen Schritt in Richtung einer Marktwirtschaft darzustellen. Diese Entwicklung wurde insbesondere in der Sowjetunion deutlich. Dort hatten die größere Unabhängigkeit der Staatsbetriebe, die Förderung des Genossenschaftssektors und eine Bankenreform sehr geringe Auswirkungen auf die reale Produktion, aber sie führten zu beträchtlichen Lohnsteigerungen, zu höheren Subventionen und zu einem zunehmenden, durch Geldschöpfung finanzierten Budgetdefizit. Zwar haben die Entscheidungsträger die Bedeutung kurzfristiger Stabilisierungsmaßnahmen erkannt und Maßnahmen unternommen, um die Lohnsteigerungen und das Haushaltsdefizit zu verringern, doch wird der zukünftige Kurs einer tiefgreifenden Umwandlung der sowjetischen Wirtschaft noch diskutiert. In der Tschechoslowakei, in der 1987 ein Reformprogramm implementiert wurde, mit dem Ziel, die Verwendung des Marktmechanismus mit einer Stärkung der Zentralgewalt zu verbinden, hat sich die neue Regierung noch nicht für eine umfassende Reformstrategie entschieden, sondern hat einige der in dem alten Programm vorgesehenen marktorientierten Maßnahmen zeitlich vorgezogen. Zu Beginn des laufenden Jahres wurden ein zweistufiges Bankensystem geschaffen, die Währung

abgewertet, die Großhandelspreise teilweise angepaßt und der Außenhandel etwas liberalisiert. Spezielle Aufmerksamkeit wird jetzt der Förderung des Wettbewerbs geschenkt, und die Gesetze zur Festlegung der Privatisierungsregeln und der Betätigungsmöglichkeiten für Privatunternehmen werden derzeit ausgearbeitet. In Bulgarien wurden während der letzten zwei Jahre neue Gesetze verabschiedet, um den Wettbewerb zu stärken, Unternehmen mehr gewinnorientiert zu machen und Privatinitiative etwas zu fördern. Die Umsetzung dieser Maßnahmen war jedoch bisher langsam, und die aktuelle wirtschaftliche Lage wird durch wachsende binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte beherrscht. Im Gegensatz zu diesen drei Ländern hat Rumänien seit Mitte der achtziger Jahre, als sich der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik auf die Rückzahlung der Auslandsschulden verlagerte und das System straffer Zentralverwaltung dazu verwendet wurde, eine drastische Kürzung der Inlandsnachfrage durchzusetzen, von jeglichen Reformmaßnahmen Abstand genommen. Vor kurzem wurden einige sehr kleine erste Schritte unternommen, um das System der Planung und einige der Beschränkungen für das Kleingewerbe und die Landwirtschaft zu lockern, damit die Inlandsproduktion belebt und die Isolation des Landes gegenüber der Außenwelt überwunden wird.

Die Deutsche Demokratische Republik, in der während der achtziger Jahre praktisch keine Systemveränderungen vorgenommen wurden, stellt einen Sonderfall dar, da sowohl das Tempo als auch die Art der Reformen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politischen Union mit der Bundesrepublik Deutschland entschieden werden. Es besteht die politische Übereinkunft, zu einem frühen Zeitpunkt eine Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten zu bilden. Die notwendigen weitreichenden Strukturänderungen werden zweifellos beträchtliche Unterstützung seitens der Bundesrepublik notwendig machen. Doch da eine schnelle Anpassung des Wirtschaftssystems und die Einführung der D-Mark die Attraktivität des Landes für westliche Investoren stark erhöhen wird, erscheinen die Aussichten auf einen großangelegten Transfer von Privatkapital und von Know-how auf dem Gebiet der Technik und des Managements als gut, und der Umstrukturierungsprozeß dürfte im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern relativ schnell vorstatten gehen, und die Kosten der Anpassung werden wohl relativ gering ausfallen.

Die DDR:
ein Sonderfall